



## *Schriftenreihe*

**der Kommunistischen Partei Deutschlands**

(wiedergegründet im Januar 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik)

---

# **Wider die Lügen zur DDR**

## **Einige Antworten auf Fragen**

**Heft 7 / 2009**

Berlin, Juli 2009

## Inhalt

## Seiten

- Einige Antworten auf Fragen	3
- Wie kam es entgegen den Festlegungen des Potsdamer Abkommens zur Spaltung Deutschlands - Wie entstand die DDR?	6
- Ist die SED durch Zwang zwischen KPD und SPD vereinigt worden	8
- Wie entstand die Verfassung der DDR, wie das Bonner Grundgesetz?	9
- Wie funktionierte die Planwirtschaft in der DDR und warum ist sie der Marktwirtschaft überlegen? Welche Schwächen gab es in der Praxis?	12
- War die DDR 1989 pleite?	15
- Wie war das Verhältnis Staat und Kirche?	18
- Gab es neben der SED noch andere Parteien und Organisationen in der DDR?	18
- Welche Rolle spielte die Freien Deutsche Jugend?	19
- Wie war die Rolle der Frauen?	20
- Was war am 17. Juni 1953 in der DDR los?	22
- Warum wurde 1961 die Staatsgrenze zu Westberlin und zur BRD militärisch gesichert?	23
- Warum wurde die Reisefreiheit eingeschränkt?	25
- Wie war das Bildungswesen organisiert?	26
- Wie war das Gesundheitswesen in Stadt und Land organisiert?	27
- War die Bodenreform ein Akt kommunistischer Willkür?	28
- Sind die in Ostdeutschland vorhandenen 1.737 Großbetriebe in der Landwirtschaft durch Zwangskollektivierung entstanden?	29

(Siehe Forts. S. 2)

## **Inhalt (Forts.)**

## **Seiten**

- Aber viele Eigentümer von Landwirtschaftsbetrieben wurden  
1945/46 in Ostdeutschland enteignet. War das nicht Unrecht? 30
- Erst gab man den Bauern Land und dann wurden sie  
gezwungen, sich in großen Betrieben zusammenzuschließen.  
Ist das nicht ein Widerspruch? 30
- Die Sekundärrohstofffassung 31
- Welchen Stellenwert hatte der Sport ? 32
- Von Sportlern der DDR bei Olympischen Spielen errungene Medaillen 33
- Gab es Doping in der DDR? 34
- War die Bildung des MfS überhaupt notwendig? 35
- Worin bestanden die Hauptaufgaben des MfS? 36
- Was unterschied die Leitungskader des MfS von denen  
der Geheimdienste der BRD? 38
- Es wird immer wieder behauptet, daß durch das MfS oft willkürliche  
Verhaftungen durchgeführt wurden. Was stimmt daran? 39
- Wollt Ihr etwa die DDR wieder haben? 39

# Wider die Lügen zur DDR

## Einige Antworten auf Fragen

Diese Broschüre wendet sich vor allem an junge Menschen, an Schüler und Jugendliche, deren Streben nach Wahrheit, nach Hinterfragen von Erscheinungen, nach Aufdecken von Ursachen ausgeprägt ist. Den Jugendlichen ist wesenseigen, sich viel Wissen anzueignen, Zusammenhänge zu erkennen, geschichtliche Ereignisse zu erforschen und zu bewerten, um die Gegenwart besser zu verstehen und die Zukunft richtig zu gestalten. Deshalb sind sie auch recht kritisch gegenüber allen Informationen, die unsere Gesellschaft betreffen, ob über Massenmedien oder über den Geschichtsunterricht in der Schule verbreitet.

„Armer Mann und reicher Mann  
standen da und sahen sich an,  
da sagte der Arme bleich:  
Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich“ (Brecht)

Das ist das Gesicht des Kapitalismus auch in der Bundesrepublik Deutschland. Es beruht auf einem Gesellschaftsprinzip der Ausbeutung der absoluten Mehrheit der Bevölkerung durch eine Minderheit, die sich die Produktionsmittel als Eigentümer angeeignet hat und nur ein Prinzip kennt: **Profitgier!** Die Werktätigen als Nichteigentümer von Produktionsmitteln sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen, die den Wert der Ware Arbeitskraft der Werktätigen bestimmen. Die DDR hatte die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt. Dadurch kamen die Ergebnisse der Arbeit direkt und über gesellschaftliche Fonds, wie Sozialleistungen und Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Bildung, Versorgungseinrichtungen, Verteidigung, erweiterte Reproduktionen durch Investitionen zur Errichtung und zum Ausbau von Betrieben den Werktätigen zur ständigen Erhöhung des Lebensstandards zu Gute. Das wird diesem Staat nicht verziehen.

**Durch Lügen, Verleumdungen, Halbwahrheiten sollen die Errungenschaften der DDR diskreditiert und mit den Begriffen Diktatur, Mauer und Stasi verunglimpft werden.**

**Im Herbst 2009 ist es 60 Jahre her, daß die BRD am 7. September 1949 gebildet und somit die Spaltung Deutschlands vollzogen wurde.** Als Antwort darauf erfolgte die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. Diese Ereignisse werden von den herrschenden Kräften der BRD und ihren Medien zum Anlass genommen, die Hetze gegen den ein-verleibten Staat in besonders massiver Weise zu erhöhen. Dabei richtet man sich mit

gezielter Manipulation an Schüler und Jugendliche. Und man beschwert sich, daß die Einflüsse der Eltern, die die DDR noch mit ihren Errungenschaften für ihre Bürger erlebt haben, immer noch wirken und das Bild der DDR verklärt würden. Die Verunglimpfung der DDR als Staat der Arbeiter und Bauern wird um so mehr betrieben in einer Zeit, in der für alle sichtbar wird, daß der Kapitalismus mit seinen Krisen und mit seinem menschen-verachtenden System der Ausbeutung, Unterdrückung und flächendeckenden Überwachung der Bürger nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Die Geschichte der DDR wird deshalb umso mehr im Wesentlichen auf „Mauerbau“, „Diktatur“, „Stasi“, „Gefängnisse“, „Verfolgung“ reduziert und verleumdete. Die wirklichen Leistungen der DDR und ihrer Bürger, sowie ihr Leben in Frieden und sozialer Geborgenheit werden verschwiegen. Jeder gründlich denkende Mensch muss sich doch Fragen stellen, wie:

- Warum hat die **DDR** ihr oberstes Gebot „**Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen**“ als Maxime ihres Handelns betrachtet und sich an keinerlei Kriegseinsätzen beteiligt? Und warum beteiligt sich die **BRD** an Kriegseinsätzen, überfällt völkerrechtswidrig Jugoslawien, schürt mit ihrer Außenpolitik neue Konflikte durch Zerstückelung Jugoslawiens als Bundesstaat? Wer glaubt an das Märchen, daß Deutschland am Hindukusch verteidigt werden muss? Angela Merkel bezeichnete den Kriegsverbrecher Bush als besten Freund des deutschen Volkes. Aber der hat die Völker belogen, um an die Ölquellen des Irak zu gelangen. Bush hinterließ rund eine Million Tote und ein verwüstetes Land. Man kennt das Sprichwort: „Sag mir, mit wem Du umgehst und ich sage Dir, wer Du bist!“ **Ist nicht schon hieran ersichtlich, welcher Staat ein Hort des Friedens und des Fortschritts war, der allein dadurch seine politisch- moralische Überlegenheit unter Beweis stellte und welcher Staat ein Instrument der Reaktion, der Kriegsvorbereitungen und des Krieges im Interesse der Profitgier und Aneignung fremder Bodenschätze ist.**
- Haben Sie sich einmal Gedanken gemacht, **wer Deutschland gespalten hat?** Das ist doch allein durch das Datum der Gründung der beiden Staaten geschichtlich belegt. Es kommt auch in dem **Ausspruch Adenauers zum Ausdruck: „Lieber das halbe Deutschland ganz - als das ganze Deutschland halb!“** Wurde nicht aus diesem Grunde die BRD zuerst gebildet und in die Pariser Verträge der Aufrüstung und Militarisation aufgenommen, womit vorliegende Angebote Ostdeutschlands zur Bildung einer gesamt-deutschen Regierung illusorisch wurden. Erst als Antwort darauf wurde die DDR aus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung heraus gegründet. **Also nicht die „Mauer“, die ein Teil der staatlich anerkannten Grenze der DDR war, hat Deutschland gespalten, sondern die**

**separate Bildung des westdeutschen Staates und seine Einverleibung in das Kriegsbündnis der NATO waren die Ursache.**

Übrigens, wenn über die Mauer in Berlin Krokodilstränen bei Merkel, Steinmeier u.a. vergossen wurden, so möchte man sich doch fragen, warum sie sich nicht energisch für den Abriss der von Israel auf fremdem Territorium errichteten Mauer gegenüber den Palästinensern, die einen eigenen Staat wollen, und den Grenzbefestigungsanlagen und Zäunen der USA gegenüber Mexiko einsetzen, sondern im Gegenteil diese unterstützen und Tote billigend in Kauf nehmen?

Sie zeigen keinerlei Solidarität zur Freiheit der Palästinenser, einen eigenen Staat zu bilden und ihr rechtmäßiges Territorium zurück zu erhalten. Die BRD Regierung unterstützt die Räuber fremden arabischen Territoriums und die Kriegsverbrecher.

- **Die DDR eine Diktatur? In welchem Sinne? Die DDR war von mehr Demokratie getragen als die BRD.** Die DDR hatte eine sozialistische Verfassung, über die das Volk durch direkten Volksentscheid am 6. April 1968 abgestimmt hatte, einmalig in der deutschen Geschichte! Das Bonner Grundgesetz wurde nie zur Abstimmung durch das Volk gestellt. Artikel 144 GG sieht keine Volksabstimmung, keinen Volksentscheid vor. Selbst bei der „Herstellung der Einheit Deutschlands“ wurde es unterlassen, „eine vom Volk gewählte Verfassung anzunehmen“, wie es Artikel 146 des GG vorsieht. Wer hat da vor dem Volke Angst?

- Ähnlich sieht die Praxis des Umgangs mit dem Lissabon-Vertrag aus, weil man Angst hat vor einer Ablehnung durch das Volk, wie in Irland geschehen. Unter **Demokratie** verstehen wir **Volksherrschaft**, daß das Volk über die Bodenschätze, über die wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen im Lande verfügt und diese ohne Ausbeutung der Arbeiter genutzt werden. Das war in Artikel 9 und 12 der Verfassung der DDR verankert, was man im Grundgesetz der BRD suchen, aber nicht finden kann. Die Losung „Freiheit statt Sozialismus“ ist seit 1946 eine Frontstellungsthese, die dem Antikommunismus dienen soll. Diese Freiheit meint nicht die des arbeitenden Volkes, der Werktätigen, sondern die der Unternehmer, der Wirtschaftsbosse, der Vermögenden. Das ist im Artikel 2 des GG gemeint. Es geht um die „Freiheit wirtschaftlicher Betätigung“, also um die Freiheit, Vermögen zu erwerben, zu besitzen, es durch Ausbeutung zu mehren, Profit zu machen.

**Es gibt kein Recht auf Arbeit, kein Recht auf Wohnung / Wohnraum, kein Recht auf Bildung, kein Recht auf unentgeltliche Gesundheitsfürsorge, wie es in der DDR Verfassung und in der gesellschaftlichen Realität garantiert war. Die übergroße Mehrheit der Bürger der DDR hat inzwischen am eigenen Leibe erfahren müssen, was ihnen genommen wurde. Wenn schon von Diktatur**

gesprochen wird, dann ist die Frage zu stellen, Diktatur für wen, durch wen und gegen wen?

Jeder Staat ist das Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse. Es geht immer um **Diktatur der großen Mehrheit des Volkes gegen den Widerstand der gestürzten Minderheit** oder um **Diktatur der Minderheit der Ausbeuter gegen die übergroße Mehrheit des Volkes**.

- **Warum führt man Jugendliche einseitig in frühere Untersuchungsgefängnisse des Ministeriums für Staatssicherheit, warum nicht auch in Untersuchungsgefängnisse der jetzigen Justizorgane mit überfüllten Zellen?** Hinter Schloss und Riegel zu sitzen, ist generell nicht angenehm. Aber im Unterschied zu Folterpraktiken in USA, der Androhung der Folter auch bei gegenwärtigen Verhörpraktiken in der BRD, war das in der DDR verboten. Niemandem konnte in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit entwürdigende Behandlungen oder gar Menschenrechtsverletzungen gegenüber Häftlingen nachgewiesen werden. Niemand wurde deshalb verurteilt. Aber es wird behauptet. In dem Buch von H. Sieberer/H. Kierstein „Verheizt und vergessen“ stellen sich der Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit, Herbert Kierstein, als Vernehmer in der Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen und der ehemalige Häftling und Spion des amerikanischen Geheimdienstes, Dr. Hannes Sieberer, vor. Letzterer schildert die stets faire, menschenwürdige Behandlung während seiner dortigen Haftzeit. Wörtlich: „Kein Gefängnis der Welt ist ein Sanatorium“. Aber: „Hier wurde niemand geschlagen, gar gefoltert oder mit obskuren Methoden mürbe gemacht. Ich saß in den achtziger Jahren ein und weiß, wie es im Stasi-Gefängnis zugeht. Und darum vermag ich zu beurteilen, wie es tatsächlich war.“

Und zur DDR generell erklärte er: „Doch nicht zuletzt die Gespräche mit Kierstein haben mir deutlich werden lassen: Die DDR - wie immer man zu ihr stehen mag - hat als Staat so gehandelt, wie es jeder andere Staat auch tat und noch tut.“ Im Nachfolgenden möchten wir Sie mit einigen Errungenschaften der DDR vertraut machen und auf einige weitere Fragen Antworten geben.

### **Wie kam es entgegen den Festlegungen des Potsdamer Abkommens zur Spaltung Deutschlands – Wie entstand die DDR?**

Der von Hitlerdeutschland vom Zaun gebrochene Zweite Weltkrieg ging 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation zu Ende. Bereits einige Jahre vorher hatten sich die Alliierten, also die Sowjetunion, die USA und Großbritannien über die territoriale Aufteilung Deutschlands in entsprechende Besatzungszonen geeinigt.

Auf der Potsdamer Konferenz (17.07. bis 02.08.1945) berieten Stalin (UdSSR), Truman (USA) und Churchill (Großbritannien), der während der Konferenz im Ergebnis von Wahlen von Attlee abgelöst wurde, wie es mit Deutschland weitergehen solle.

Die unterschiedlichen Meinungen der Konferenzteilnehmer sind im Schloss Cecilienhof/ Potsdam dokumentiert.

Letztlich einigte man sich auf folgende Festlegungen in dem „Potsdamer Abkommen“ genanntes Abschlussdokument:

- Deutschland ist zu einem friedliebenden demokratischen Staat umzugestalten, der keine neuen Aggressionen gegen andere entfalten kann;
- der deutsche Faschismus und Militarismus ist zu vernichten;
- die großen Rüstungskonzerne sind zu zerschlagen;
- Deutschland ist als wirtschaftliche Einheit zu betrachten und
- die Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen ist vorzusehen.

Leider wurden diese Festlegungen nur in der Sowjetischen Besatzungszone, die das Gebiet der späteren DDR umfasste, konsequent verwirklicht. Mit Unterstützung der Besatzungsmacht, also der sowjetischen Genossen, begann der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Grundlage dieser Entwicklung war der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und infolge dessen die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Parteien, der KPD und SPD, zur SED.

Anders in den westlichen Besatzungszonen. Zuerst schlossen sich die englische und die amerikanische Zone zur sogenannten Bizone, später unter Einbeziehung der französischen Zone, zur Trizone zusammen. Mit der 1948 erfolgten Währungsreform in den Westzonen, einschließlich der den westlichen Alliierten zugewiesenen Teile Berlins, begann die Teilung Deutschlands entgegen den Festlegungen im „Potsdamer Abkommen“.

Die BRD entstand durch die USA und Großbritannien im engen Bündnis mit den alten faschistischen und reaktionären Kräften sowie ihren Marionetten Adenauer (CDU), Heuß und Blücher (FDP), Schumacher und Ollenhauer (SPD), um nur einige zu nennen.

Alte Kräfte des „Deutschen Reiches“ bauten erneut den Staat BRD auf.

- Konrad Adenauer: Mann des Kapitals, zwar von den Nazis entlassen, aber auch von ihnen 10 Jahre lang mit einer guten Rente versorgt.
- Theodor Heuß: Bundespräsident von 1949 bis 1959, als Reichstagsabgeordneter stimmte er 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu, das den Nazis ihre Macht sicherte.
- Heinrich Lübke: KZ-Baumeister, Bundespräsident der BRD.
- Ludwig Erhard: Chefplaner der faschistischen Wehrwirtschaftsführung, Wirtschaftsminister der BRD.



- Wilhelm von Opel: Altnazi und Generaldirektor der Opelwerke.
- Reinhard Gehlen: Alte und neue Spionageführungsgröße.

Ein Braunbuch weist nach: Zu den Stützen der Hitlerdiktatur, den Wegbereitern und Nutznießern der Judenverfolgungen, den Organisatoren und Kommandeuren der Überfälle auf fast alle Länder Europas, zu den überführten Mördern von Antifaschisten und Widerstandskämpfern, die heute in Westdeutschland wieder tätig sind, zählen: der Bundespräsident, 20 Angehörige des Bundeskabinetts und Staatssekretäre, 189 Generäle, Admiräle und Offiziere in der Bundeswehr oder in den NATO-Führungsstäben sowie Beamte im Kriegsministerium, 1118 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 244 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate, 300 Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes sowie anderer Bundesministerien...(Braunbuch, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1968)

Nachdem durch die USA, Großbritannien und Frankreich die entsprechenden Leute platziert und fortschrittlich-demokratische Kräfte kalt gestellt waren, konnten diese reaktionären Kräfte ihre Freunde und Helfershelfer wieder in politisch einflussreiche Regierungsposten heben, um ihre Politik der Spaltung Deutschlands zu vollenden. Konrad Adenauer hat nach 1945 die alten o. a. faschistischen Befehlshaber Deutschlands wieder in den Sattel gehoben und sie mit Führungspositionen betraut. Im Jahre 1955 waren von 38 Bundeswehrebefehlshabern 33 des alten deutschen Reiches wieder am Kriegsruder. Die Regierungsbildung am 7. September 1949 auf Befehl der Westmächte stellte die Vollendung der Spaltung Deutschlands endgültig fest.

Als logische Konsequenz aus dieser Entwicklung wurde am 07.10.1949 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Der Staatsgründung ging eine intensive und gründliche Diskussion unter der Bevölkerung voraus. Auch das unterscheidet sie von der BRD.

Dennoch gab es auch in den Folgejahren immer wieder seitens der DDR Bestrebungen, eine staatliche Einheit herzustellen (zu den Angeboten der DDR liegen geschichtliche Dokumente vor), die eigentlich erst in den 60er Jahren aufgegeben wurden, nachdem sich völlig unterschiedliche Gesellschaftsordnungen herausgebildet hatten. „Feuer und Wasser“ kann man nicht vereinigen. In dieser Zeit hatte sich die Spaltung immer mehr vertieft, zumal inzwischen die beiden deutschen Staaten zwei unterschiedlichen Militärbündnissen und ökonomischen Gemeinschaften angehörten.

### **Ist die SED durch Zwang zwischen KPD und SPD vereinigt worden?**

Die Spaltung der Arbeiterklasse und ihrer Parteien (SPD und KPD) trug mit dazu bei, daß der Faschismus in Deutschland an die Macht kommen konnte.

Während seiner Herrschaft verfolgte er Kommunisten wie Sozialdemokraten gleichermaßen, kerkerte sie ein und gab sie in KZs physischer Vernichtung preis. Bereits hier haben sich viele Kommunisten und Sozialdemokraten geschworen, sich nie wieder auseinanderdividieren zu lassen. Nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg konnte es nur eine Alternative geben:

Einheit der Arbeiterklasse, Einheit ihrer Parteien, der SPD und KPD. Darin bestand die wichtigste Lehre aus der Geschichte Deutschlands.

Unmittelbar nach Erscheinen des Aufrufs der KPD vom Juni 1945 an das deutsche Volk fand eine erste Zusammenkunft von SPD- und KPD-Funktionären statt. Das von der KPD vorgeschlagene Aktionsprogramm fand die volle Unterstützung durch die SPD.

Inzwischen hatten die Spannungen zwischen den Westalliierten und der UdSSR begonnen. Unterstützt von den Westmächten lehnte die auf dem Gebiet Westdeutschlands wiedergegründete SPD eine Vereinigung mit der KPD ab.

In der Sowjetischen Besatzungszone hingegen zogen SPD und KPD die Lehren aus der Vergangenheit. Am 21./22. April 1946 tagte in Berlin der Vereinigungsparteitag, dem getrennte Parteitage von KPD und SPD vorausgegangen waren, und auf den die Gründung der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erfolgte.

Natürlich gab es auch anfängliche Vorbehalte bei einigen Vertretern beider Seiten. Hier spielten negative politische und auch persönliche Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Rolle, hatte man sich doch in den 20er Jahren manchmal hart bekämpft. Das gab sich jedoch in dem Maße, wie in der gemeinsamen Arbeit zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung das gegenseitige Vertrauen wuchs.

## **Wie entstand die Verfassung der DDR und wie das Bonner Grundgesetz?**

Bereits im September 1946 begannen verantwortungsbewusste Deutsche in Ost und West die Diskussion um eine demokratische gesamtdeutsche Verfassung. Aus einer Massenbewegung für die „Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden“ in Ost und West war der deutsche Volkskongress entstanden. Diese Volkskongressbewegung wurde Anfang 1948 in den Westzonen verboten. Im Oktober 1948 legte der Deutsche Volksrat dem deutschen Volke einen Verfassungsentwurf zur Diskussion vor. Mehr als 9000 Veranstaltungen wurden dazu in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Es gingen über 15.000 Meinungsäußerungen von Bürgern aus Ost und West ein, 503 Änderungsvorschläge führten bei den 144

Artikeln dieses Verfassungsentwurfs zu Änderungen in 52 Artikeln. Der dann aus Wahlen der Bürger der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene Deutsche Volkskongress verabschiedete am 30. Mai 1949 den Entwurf einer Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik. Es galt, diesen Verfassungstext, der beispiellos demokratisch zustande gekommen war, zu einer Verfassung Gesamtdeutschlands zu machen. Doch dazu kam es nicht.

Vor allem die USA sowie Adenauer und Co. traten den Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit und Frieden mit Füßen. So verlangten die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen bis zum 1. September 1948 die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Damit sollte die seit 1946 von langer Hand vorbereitete Spaltung Deutschlands, nach der separaten Währungsreform im Juni 1948, die die wirtschaftliche Spaltung bewirkte, nun auch staatsrechtlich festgeschrieben werden. So bildete sich am 1. September 1948 in Bonn aus 65 Abgeordneten der westdeutschen Landtage ein so genannter „Parlamentarischer Rat“, der ein vorläufiges „Grundgesetz“ für eine „Übergangszeit“ zur einheitlichen Verwaltung Westdeutschlands ausarbeiten sollte. Als Bezeichnung des Staates wurde der Name Bundesrepublik Deutschland gewählt, um den Anspruch auf ganz Deutschland geltend zu machen. Der in weniger als zwei Wochen zu Papier gebrachte Entwurf wurde dann am 8. Mai 1949 mit Zustimmung der westlichen Alliierten im Parlamentarischen Rat mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Länderparlamente bekamen Gelegenheit, binnen einer Woche diesem Grundgesetz zuzustimmen. Änderungen am Text waren ausgeschlossen. Der Artikel 144 sah ausdrücklich keine Volksabstimmung und keinen Volksentscheid über dieses Grundgesetz vor, sondern nur die Zustimmung durch die Landtage. Das Land Bayern stimmte nicht zu. Für (West)-Berlin wurde am 14. Mai 1949 das Besatzungsstatut erlassen, das bis 1990 galt. Das auf einen Militärbefehl zurück-gehende, ohne das Volk ausformulierte Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 formell in Kraft gesetzt.

Am 14. August 1949 wurden Wahlen zum Bundestag durchgeführt, der am 7. September 1949 zusammentrat. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens hatte sich ein Staat konstituiert, dessen Grundgesetz in einer beispiellos undemokratischen Art und Weise zustande gekommen war. Es hat bis heute niemals eine Volksabstimmung oder andere demokratische Legitimation dieses Grundgesetzes gegeben. Wir leben also nach wie vor unter einem Provisorium. Die durchgedrückte „Einheit Deutschlands“ wurde deshalb auch nicht über den im Grundgesetz ausdrücklich dafür vorgesehenen Artikel 146 realisiert, sondern durch die für die Wiedervereinigung gerade

nicht vorgesehene Beitrittsregelung des Artikels 23. Dies war und ist Verfassungsbruch! Das zeigt deutlich, wenn Politik dominiert, gelten Recht und selbst ein Grundgesetz nichts. Damit entlarven sich die politisch Herrschenden als Feinde wirklicher Demokratie, denn allgegenwärtig ist die Angst vor dem Volk, die Scheu vor Plebisziten (Volksabstimmungen) oder plebisziten Elementen.

Nachdem die Ostdeutschen durch die westliche Spaltungspolitik gezwungen waren, ihren eigenen Staat zu gründen, konstituierte sich der Deutsche Volksrat als Volkskammer und setzte am 7. Oktober 1949 den demokratisch zustande gekommenen Text der für Gesamtdeutschland ausgearbeiteten Verfassung als Verfassung der DDR in Kraft.

Wenn wir die DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung bewerten, so können wir die am 6. April 1968 durch Volksentscheid angenommene sozialistische Verfassung als Höhepunkt in der politischen Entwicklung der DDR bezeichnen. Sie war in wahrhaft demokratischer Weise zustande gekommen, und sie war eine Verfassung des Volkes und für das Volk. Über Monate wurde der Entwurf in der Öffentlichkeit diskutiert, nachdem alle Haushalte den Text erhalten hatten. Elf Millionen Bürger hatten in einer Volksaussprache ihre Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht und 12.454 Vorschläge eingebracht, auf deren Grundlage 118 Änderungen an der Präambel und an 55 Artikeln vorgenommen wurden. Von 12.208.986 stimmberechtigten Bürgern hatten 11.536.803 zugestimmt, das waren 94,49%. Damit ist unbestreitbar: die Bürger der DDR gaben dieser Verfassung und auch der Politik der Regierung und der SED ihr Ja-Wort.

Diese Verfassung hat sich im Leben bewährt. So wie die DDR-Bürger bei ihrem Entstehen beteiligt waren, so waren sie es auch bei allen anderen bedeutenden Gesetzen, wie zum Beispiel auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, des Familienrechts, des Straf- und Prozessrechts sowie des Zivil- und Zivilprozessrechts. Demgegenüber werden Gesetze der BRD dem Bundestag zum „Abnicken“ vorgelegt und so abgefasst, daß der einfache Bürger sich ohne Rechtsanwalt in dem Paragraphenschlingel und Justizdickicht weder zurechtfindet, noch seine Rechte und Interessen wahrnehmen kann.

In der DDR wurden alle wesentlichen Gesetze mit den Bürgern erörtert und vorbereitet. Sie waren verständlich, bürgerfreundlich und volksnah abgefasst. Besonders erfolgreich wirkten die Gesellschaftlichen Gerichte, denn ihnen war Rechtsprechung für Vergehen übertragen worden. Die Schiedskommissionen wirkten in den Wohngebieten, die

Konfliktkommissionen in den Betrieben der DDR. So etwas gab es nirgends auf der Welt. Auch konnten beim Gericht unentgeltliche Rechtsauskünfte eingeholt werden.

Auch alle Menschenrechte, wirkliche Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit, wie wir sie verstehen, waren in der DDR, besonders eben gemäß ihrer sozialistischen Verfassung, nicht nur leere Versprechen, sondern Wirklichkeit. Deshalb war die DDR auch der wahre demokratische Rechtsstaat in Erfüllung des Potsdamer Abkommens.

Am 17. Juni 1990 wurde die sozialistische Verfassung von der buchstäblich allerletzten Noch-Volkskammer mit einem Federstrich aufgehoben. Das ist eigentlich Verfassungshochverrat!

Je länger das Bestehen der DDR zurückliegt, desto deutlicher wird, was sie den einfachen Menschen, den Werktätigen, bot und was ihnen 1990 genommen wurde, wie zum Beispiel im Arbeitsrecht, im Mietrecht und im Familienrecht. Es ist kein einziges Gesetz bekannt, das Bürger der DDR, vor allem die Werktätigen, durch den „Beitritt“ gewonnen hätten. Ihnen wurden in ihrer übergroßen Mehrheit zum Beispiel genommen:

der sichere Arbeitsplatz,

stabile Preise und Mieten,

unentgeltliche Gesundheitsfürsorge,

Chancengleichheit in der Bildung, auch für Kinder von Werktätigen.

Deshalb sehen sich die Herrschenden dieser BRD genötigt, vor einer Verklärung der DDR zu warnen. Eben deshalb werden Lügen über die DDR verbreitet.

### **Wie funktionierte die Planwirtschaft in der DDR und warum ist sie der Marktwirtschaft überlegen? Welche Schwächen gab es in der Praxis?**

Grundsätzlich muss gesagt werden, daß nach einer siegreichen sozialistischen Revolution und der damit verbundenen Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse (alle Lohnabhängigen, die Nichtbesitzer von Produktionsmitteln sind), sich erst die Möglichkeit aber auch die Notwendigkeit ergibt, das alte kapitalistische, auf Ausbeutung der

Arbeitskraft beruhende Wirtschaftssystem zu beseitigen, und ein völlig neues, den Interessen der gesamten Bevölkerung dienendes aufzubauen.

Um die Vorteilhaftigkeit und Überlegenheit einer sozialistischen Planwirtschaft (neues Wirtschaftssystem) zu belegen, seien hier einige Vorzüge angeführt:

- Die Spontaneität und die anarchistischen Elemente der kapitalistischen Chaoswirtschaft werden ausgeschlossen. Keine Krisengefahr (siehe heutige Verhältnisse),
- Nur das für die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse **aller** Mitglieder der Gesellschaft Notwendige wird produziert. Keine Vergeudung von Rohstoffen oder Herstellung unnützer Produkte (z. B. Tamagochi), damit geringere Belastung der Umwelt,
- Organisation der Produktion nach gesamtgesellschaftlicher Absprache mit den Produzenten, die gleichzeitig Konsumenten sind, Plandiskussion mit allen vor der Jahresproduktion,
- Möglichkeit der systematischen (da gesamtgesellschaftlich geplant) Erhöhung des Wohlstandes **aller** Mitglieder der Gesellschaft, damit verbunden soziale Sicherheit, keine Gefahr von Arbeitslosigkeit,
- Planungssicherheit der Kommunen und aller öffentlichen Einrichtungen, da die Gewinne der Produktion in zentralen staatlichen Fonds gesammelt, und dann entsprechend verteilt werden können,
- Bei allen Maßnahmen wirkt das Prinzip des Demokratischen Zentralismus (zuerst Herbeiführung von Beschlüssen nach breiter Diskussion von der Basis bis in die höchsten Volksvertretungen /Volkskammer und dann Ausführung und Kontrolle dieser Beschlüsse von den höchsten staatlichen Stellen – Regierung, Ministerrat - bis in die unteren Ebenen - Kreis, Kommunen -. Damit Erreichung eines größtmöglichen Konsenses in der Bevölkerung (praktische Volksdemokratie).

Die Planung der Volkswirtschaft der DDR funktionierte nach Fünfjahrplänen und Jahresplänen. Es gab von 1950 an acht Fünfjahrpläne. Eine staatliche Plankommission erstellte diese untergliedert nach Jahres- und Monatsplänen an Hand der aus den Regionen eingehenden Daten, und den wirtschaftlich vorhandenen Möglichkeiten.

Und hier sind wir bei den Schwächen in der Praxis der DDR angekommen. Leider muss man heute eingestehen, daß die oben genannten Vorzüge durch subjektive Fehlentscheidungen von Verantwortlichen nicht voll zum Tragen kamen, und manchmal nur auf dem Papier bestanden.

Hier sind vor allem zu nennen:

- Falsche Subventionspolitik bei den Preisen für Mieten und für Lebensmittel (Förderung von Verschwendung),
- Vernachlässigung der schon von Lenin geforderten Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und Verteilung (trotz Arbeiter- und Bauerninspektion),
- Verfälschung des Instrumentes der Plandiskussion, Aufstellung zu schwacher Pläne, da deren Übererfüllung dann belohnt wurde (Verletzung des sozialistischen Leistungsprinzips), ständige Plankorrekturen im laufenden Produktionsjahr,
- Nichtanwendung des unter Walter Ulbricht entwickelten Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS), welches ein System von ökonomischen Hebeln darstellte, daß die materielle Interessiertheit des Einzelnen förderte, wenn seine Tätigkeit auch der gesamten Gesellschaft nützte, und daß dem Einzelnen auch weh tat, wenn er der Gesellschaft schadete.

Dessen ungeachtet muss man einschätzen, daß die Wirtschaft der DDR bis in die 80-er Jahre hinein eine beachtenswerte Steigerung des materiellen Lebensniveaus ihrer Bürger erreichte. Die Eigenversorgung mit Lebensmitteln, und vor allem auch mit Getreide, war stets abgesichert. Die Landwirtschaft der DDR war ein Glanzstück ihrer Wirtschaft. International wurde die DDR unter die zehn ersten Industriestaaten eingestuft.

Nicht unwesentlich bei der Beurteilung der Wirtschaftsleistung der DDR sind natürlich auch folgende Fakten, die ein sicheres Planungssystem stark erschwerten:

- Zahlung der Hauptlast der Reparationen an die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg (54 Mrd. Reichsmark bzw. Mark der DDR),
- Entnahmen aus der laufenden Produktion durch die Sowjetunion für Reparationen,
- Kaum vorhandene Schwerindustrie im Osten Deutschlands nach 1945,

- Keine nennenswerten Bodenschätze,
- Massive Behinderung des industriellen Aufbaus seitens der westlichen Industriemächte durch Aufstellung von Embargolisten für westliche Firmen im Handel mit sozialistischen Staaten (**Coordinating Committee for East West Trade Policy**, abgekürzt **CoCom**),
- Vertragsbruch bei vereinbarten Warenlieferungen (z. B. nicht gelieferte Rohre aus der BRD für den DDR- Rohrleitungsbau),
- Nichtanerkennung unserer Währung durch alle westlichen Länder, dadurch Handels- und Reisebeschränkungen.

Stellt man den Erfolgen der Planwirtschaft der DDR die Schwächen und Fehler gegenüber, muss jeder Kritiker zugeben, daß die DDR-Bevölkerung eine gewaltige Leistung erbracht hat.

### **War die DDR 1989 pleite?**

In der täglichen Hetze durch Medien und Politiker gegen die DDR wird immer wieder auch von ihrer „Verschuldung“, der „maroden Wirtschaft“ bzw. sogar von der „Pleite“ 1989 gefaselt, um damit für Verwirrung in den Köpfen der Menschen zu sorgen und somit die sozialistische Alternative als gescheitert abzutun, also die DDR zu delegitimieren. Natürlich hatte die DDR auch Schulden. Sie hatte in den letzten Jahren mehr verbraucht, als produziert wurde; und Ende 1989 Schulden von 38 Milliarden Valutamark, das war fast eine Verdopplung seit 1985. Dadurch wurde der finanz- und wirtschaftspolitische Spielraum immer enger. Auch daß umfangreiche Forderungen gegenüber anderen Staaten die Nettoauslandsschulden auf 20,3 Milliarden Mark reduzierten, machte die Lage nicht leichter.

Zum 1. Juli 1990, dem Datum der übergestülpten „Währungsreform“, betrugen die internen Schulden des DDR-Staatshaushaltes 28 Milliarden DM; die Wohnungsbaukredite, ebenfalls Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes, beliefen sich auf 38 Milliarden DM und die Netto-Auslandverschuldung auf 20,3 Milliarden DM. Damit hatte die DDR eine „Gesamtschuld“ von 86,3 Milliarden DM in die „staatliche Einheit“ eingebracht.

Manches kapitalistische industriell entwickelte Land hätte für solche „Schulden“ nur ein müdes Lächeln übrig gehabt. Zu diesem Zeitpunkt belief



sich zum Beispiel die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik auf 924 Milliarden DM. Umgangssprachlich würde man sagen, sie war „bis über beide Ohren verschuldet“. Heute beträgt diese Verschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden insgesamt über 1,5 Billionen EURO!

Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug also vor der „Einheit Deutschlands“ am 3. Oktober 1990 in der DDR 5.298 DM und im Westen über 15.000 DM. Danach betrug sie plötzlich für alle Bürger der BRD 12.841 DM. Die neuen Bundesbürger hatten also pro Kopf 7.543 DM der BRD-Schulden übernommen. Die „Schulden der DDR“ wurden also berechnet und den Ostdeutschen bis zum Überdruß vorgehalten, die der BRD aber stillschweigend in die gesamtdeutsche Bilanz aufgenommen.

Interessant ist doch in diesem Zusammenhang auch, daß zwar immer die „schwere Erblast der DDR“, die „marode DDR-Wirtschaft“, die „enormen Transferleistungen von West nach Ost“ durch die Bundesrepublik beklagt wird, aber trotz Festlegungen dazu im „Einigungsvertrag“ nie eine Bestandsaufnahme des volkseigenen Gesamtvermögens der DDR vorgelegt wurde. Bis heute weigert sich die Bundesregierung dazu beharrlich. Des weiteren wurde im Statistischen Jahrbuch 1990 dargestellt, daß sich zum Beispiel die industrielle Bruttoproduktion der DDR von 1980 bis 1989 zwar langsamer als früher, aber immer noch relativ und zwar um 3,3% erhöht hatte. Die industrielle Warenproduktion wurde mit 538,7 Milliarden Mark beziffert. Bereits das darauf folgende bundesdeutsche Jahrbuch erlaubt keinerlei derartige Einblicke mehr. Alle Zahlen, die einen Vergleich ermöglichen könnten, sind daraus verschwunden. Hinzu kommt, daß der von Treuhandpräsident Rohwedder bezifferte Wert des übernommenen volkseigenen Wirtschaftsvermögens von 600 Milliarden DM, der 1995/96 im Jahresgutachten der 5 Weisen als Anfangskapitalbestand der DDR- Betriebe zum 30.06.1990 mit rund 584 Milliarden DM präzisiert wurde, im wahrsten Sinne des Wortes verschleudert wurde. So klappte zwischen den 600 Milliarden DM und dem 256 Milliarden DM Schuldenberg, den Frau Breuel als Treuhandbilanz offerierte, eine Differenz von 856 Milliarden DM. Der Treuhandanstalt wurden aber nur 40% de DDR-Vermögens übertragen, über die restlichen 60%, einem Vermögen von 800 Milliarden DM, wird sich jedoch in Schweigen gehüllt. Denn dazu gehören die volkseigenen Wohnungen, die hohe Zahl von Gebäuden und Grundstücken zentraler und lokaler staatlicher Einrichtungen, einschließlich der bewaffneten Organe, die Sondervermögen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, die Botschaften und Residenzen in aller Welt sowie das andere

Auslandsvermögen. Wir sprechen also von einem Gesamtwert des Volksvermögens der DDR von 7.0 Billionen DM.

Deshalb muss festgestellt werden, daß die Ostdeutschen die BRD nicht ärmer, sondern reicher gemacht haben. Natürlich war die Wirtschaft der DDR Ende der 80-er Jahre angeschlagen und bedurfte einer umfassenden Modernisierung. Aber trotz nicht geringer Schwierigkeiten war die DDR einer der entwickelten Industriestaaten, der seinen Bewohnern Arbeits- und Ausbildungsplätze, einen respektablen Lebensstandard und so manche soziale Leistungen sicherte, die heute in der Bundesrepublik als unfinanzierbar gelten.

Die DDR war ein Industriestaat mit einer hohen industriellen Wachstumsrate. Sie nahm in den 70-er Jahren den 10. Platz im Weltmaßstab und den 5. Platz in Europa in der verarbeitenden Industrie ein.

Hier einige Angaben zu den Wachstumsraten 1971 bis 1978:

- Das produzierte Nationaleinkommen stieg von 121,6 Mrd. Mark auf mehr als 261 Mrd. Mark,
- Die industrielle Bruttoproduktionen erhöhte sich um 128%,
- Die Bauproduktion erhöhte sich um 93%,
- Die Getreideproduktion stieg um 5 Millionen Tonnen,
- Die Futterpflanzenproduktion stieg um 12 Millionen,
- Die Schlachtviehproduktion stieg um 1 Millionen Tonnen,
- Ausgaben für den Wohnungsbau: 315 Mrd. Mark (3 Millionen neugebaute und modernisierte Wohnungen).

Die DDR war angewiesen auf Importe aus den sozialistischen Ländern, aber auch aus imperialistischen Staaten sowie jungen Nationalstaaten, um die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung befriedigen zu können. Weiterhin musste sie auf dem internationalen Markt dringend benötigte Waren und Rohstoffe teuer einkaufen. Dies ging nur im Warenaustausch, da die DDR nur eine Binnenwährung hatte. Somit musste sie, um Waren einkaufen zu können, die nicht im Warenaustausch bezogen werden konnten, Kredite aufnehmen (z. B. aus der BRD), um an internationale Währungen zu gelangen. Wobei sie durch die Embargoliste nicht das erhielt, was sie dringend benötigt hätte. Mit dieser Liste der westlichen Staaten wurde sie vor allem vom Import moderner Technologien ausgeschlossen. Das gesunde Verhältnis zwischen

Ein- und Ausfuhr bewahrte die DDR davor, versklavende Anleihen aufnehmen zu müssen.

Abschließend muss festgestellt werden – und da stimmen auch seriöse (und nicht von Hass dominierte Antikommunisten) Wirtschaftswissenschaftler überein, daß die DDR trotz gewisser Disproportionen keinesfalls 1989 vor dem baldigen Zusammenbruch stand und keinesfalls pleite war, denn sie war auch bis zu ihrer Vereinnahmung stets zahlungsfähig.

## **Wie war das Verhältnis Staat und Kirche?**

In der DDR herrschte Religionsfreiheit, d.h. der Staat war von den Kirchen getrennt. Es war ein atheistischer Staat. Es gab keinen Kirchensteuereinzug durch den Staat, keine Militärfarrer und keine Privilegien für die Kirchen in der Gesetzgebung. Anfangs wurde der Religionsunterricht an den Schulen noch weitergeführt, später wurde er dort abgeschafft und in kircheneigener Regie erteilt. Allerdings blieben die evangelischen theologischen Fakultäten, später Sektionen, Teil der staatlichen Universitäten. Des Weiteren gab es finanzielle Unterstützung etwa zur Baudenkmalpflege. Religiöse Zeremonien wurden zu besonderen Feiertagen, wie z. B. zu Ostern, im Fernsehen übertragen. Auch die religiös gebundenen Menschen wurden in das gesellschaftliche Leben einbezogen, sofern sie das wollten.

Verfolgungen von religiösen Menschen auf Grund ihres Glaubens gab es nicht. Wohl aber wurden Straftaten und andere Gesetzesverstöße nicht geduldet, wenn sie begangen wurden und religiös motiviert waren. Dies betrifft politische Straftaten ebenso wie Gewalt gegen Kinder. Der Staat versuchte, Konfrontation mit Gläubigen im Gefolge religiöser Überzeugungen zu meiden.

Die Religionszugehörigkeit brachte beruflich keine Nachteile. Sie betraf definitiv nicht die Ausübung politischer Funktionen, wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel, wenn sie ehrlich ist, bestätigen müsste. Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, das zum Ministerrat der DDR gehörte, trug dazu bei, Konflikte auszutragen und Kompromisse zu finden. In bestimmten Abständen gab es auch Konsultationen zwischen dem Staatsratsvorsitzenden der DDR und den obersten Leitungen der Religionsgemeinschaften.

## **Gab es neben der SED noch andere Parteien und Organisationen in der DDR?**

Christlich Demokratische Union (CDU), Liberal Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und National Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) waren neben der

Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die Parteien des Demokratischen Blocks. Zusammen mit Massenorganisationen (z. B. Kulturbund, DFD, FDJ, DTSB usw.) waren sie in der Nationalen Front vereinigt.

Wahlen verliefen anders als in der BRD. Prinzipiell wurde Wert auf Interessenausgleich gelegt. In einer langen Vorbereitungsphase zu Wahlen einigten sich die in der Nationalen Front vertretenen Parteien und Organisationen auf eine gemeinsame Kandidatenliste. Diese wurde der Bevölkerung vorgelegt. Die Kandidaten wurden in den Betrieben und Institutionen, in denen sie tätig waren, vorgestellt. Das geschah auch in Einwohnerversammlungen. Hier konnten die Anwesenden ihre Meinungen zu den Kandidaten kund tun. Die Kandidaten wurden Befragungen unterzogen, untaugliche Kandidaten wurden abgelehnt. So repräsentierten sowohl Kandidatenlisten als auch Gesetzesinitiativen am Ende einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Der eigentliche Wahlakt bestand dann sozusagen in der Bestätigung des vorher erreichten Konsenses durch die Bevölkerung. Daraus erklärt sich die fast vollständige Zustimmung, denn in der Regel wird man einem Kompromiss zustimmen, den man selbst mit ausgehandelt hat. Die Gegenstimmen resultierten daraus, daß nicht alle Interessen in den Ausgleich einbezogen werden konnten.

Die Blockparteien hatten eigene Parteihochschulen und Parteischulen. Sie besetzten in einem konstanten Verhältnis die Bürgermeisterämter in den verschiedenen Orten, die Räte der Gemeinden, Kreise und Bezirke. Auch dies war Resultat des erreichten Konsens, dem die Resultate der Kommunal- und Landtagswahlen von 1946 zugrunde lagen. Die gewählten Kandidaten waren auf allen Ebenen ihren Wählern rechenschaftspflichtig, was jährlich in tausenden Versammlungen in den Betrieben und Wohngebieten praktiziert wurde.

## **Welche Rolle spielte die Freien Deutsche Jugend?**

Sie hatte als einheitliche überparteiliche Massenorganisation der Jugend einen hervorragenden Anteil an der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung sowie am sozialistischen Aufbau in der DDR. Aus den antifaschistischen Jugendausschüssen hervorgegangen, wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ) am 7. März 1946 gegründet.

Die FDJ setzte die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterjugend fort und mobilisierte mit ihren über 2 Millionen Mitgliedern die Jugendlichen bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, zum Beispiel über die Jungaktivistenbewegung, in Jugendbrigaden, Jugendobjekten, in der Bewegung „Messe der Meister von Morgen“ (MMM). Sie war an der Ausarbeitung und Realisierung der auf dem I. Parlament (1946) verkündeten 4 Grundrechte der jungen Generation beteiligt:

1. Politische Rechte
2. Recht auf Arbeit und Erholung
3. Recht auf Bildung
4. Recht auf Freude und Frohsinn

Die FDJ betrachtete sich als Helfer und Kampfpreserve der SED. Mit dem FDJ-Studienjahr leistete sie einen wichtigen Beitrag zur Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die Jugend.

Durch die bestehenden Jugendklubs, die Bewegung „Junger Techniker“, die Singe-Bewegung und die Kinder- und Jugendspartakiaden wurde ein wertvoller Beitrag für die Entwicklung des geistig-kulturellen und sportlichen Lebens in der DDR geleistet

Die FDJ arbeitete mit allen Parteien und Massenorganisationen der DDR zusammen. Gemeinsam mit dem DFD setzte sie die Prinzipien gleicher Lohn für gleiche Arbeit und verringerte Arbeitszeit für Jugendliche durch.

An der Gesetzgebung sowie ihrer Durchsetzung war sie durch eine eigene Fraktion in der Volkskammer und mit Abgeordneten in den Volksvertretungen beteiligt. Das 1974 beschlossene Jugendgesetz eröffnete der FDJ große gesellschaftliche Rechte und Möglichkeiten. Besondere Verantwortung hatte sie für die am 13. Dezember 1948 gegründete Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ übernommen.

Die FDJ hatte zu mehr als 600 Jugend- und Studentenorganisationen in mehr als 100 Ländern der Welt konkrete Beziehungen und gehörte seit 1948 dem Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) sowie seit 1949 dem Internationalen Studentenbund (ISB) an. Sie arbeitete aktiv in deren führenden Gremien mit.

Organe des Zentralrats der FDJ waren die Tageszeitung „Junge Welt“, die Zeitschrift „Junge Generation“ sowie 14 weitere Zeitungen und Zeitschriften.

## **Wie war die Rolle der Frauen?**

Einen hervorragenden Anteil an den Aufbauleistungen nach 1945 (die „Trümmerfrauen“) und bei der Entwicklung der DDR haben die Frauen. Sie standen mit an der Spitze bei der Ausprägung des Arbeiter-und-Bauern-

Staates. Aus den 1945 gebildeten antifaschistischen Frauenausschüssen hervorgehend, wurde am 8. März 1947 der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet, die erste einheitliche, demokratische Frauenorganisation in der deutschen Geschichte, die Frauen aller Bevölkerungsschichten vereinte und die besten Traditionen der fortschrittlichen deutschen Frauenbewegung verkörperte. Der DFD war seit 1948 Mitglied der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF). Er hatte mit seinen über 1,5 Millionen Mitgliedern einen wesentlichen Anteil daran, daß die Gleichberechtigung der Frau, die bereits in der Verfassung der DDR von 1949 rechtlich verankert war, in der DDR verwirklicht wurde. Nur als ein Beispiel sei an dieser Stelle genannt, daß heute in der BRD Frauen im Durchschnitt 30 % weniger Lohn erhalten als Männer.

Der DFD hatte in der Volkskammer der DDR eine eigene Fraktion und war mit Abgeordneten in allen örtlichen Volksvertretungen präsent. Seit 1967 bestanden Frauenakademien des DFD und in über 200 Beratungszentren wurden Erfahrungen zur Hausarbeit, der Gestaltung des Familienalltags und der Vorbereitung junger Menschen auf Ehe und Familie vermittelt.

Ein wirksames Instrument bei der Herausbildung der neuen gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR waren die mit Beschluss vom 8. Januar 1952 gebildeten Frauenausschüsse als Organe der Betriebsgewerkschaftsleitungen, die als selbständige Organe fungierten; analoge Festlegungen gab es in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Diese Frauenausschüsse wurden auf Beschluss des Bundesvorstandes des FDGB vom 23. September 1981 in Frauenkommissionen umbenannt. Sie beteiligten sich aktiv an der Verwirklichung der jährlich beschlossenen Frauenförderungspläne, die der großzügigen Förderung der berufstätigen Frauen dienten. So gab es u. a. monatlich ab 1972 einen bezahlten Haushaltstag für Frauen mit Familie.

Weitere Maßnahmen waren zum Beispiel ein System der Schwangerenberatung, die Sicherung des jeweiligen Arbeitsplatzes nach einem bezahlten Schwangerschaftsurlaub von 6 Wochen vor der Geburt eines Kindes und 8 Wochen danach; die Entrichtung von 1.000,- M Geburtenbeihilfe und anderes mehr.

Seit 1972 gab es einen zinslosen Ehekredit von 5.000,- M, der 1976 auf 7.000,- M erhöht wurde und bei Geburt des ersten Kindes um 1000,- M, des

zweiten Kindes um 1500,- M und des dritten Kindes um 2.500,- M. für die Rückzahlung reduziert wurde.

Alle werktätigen Mütter erhielten seit 1972 bei Geburt eines Kindes 26 Wochen Schwangerschafts- und Wochenurlaub und seit 1986 ein bezahltes Babyjahr bereits nach der Geburt des ersten Kindes.

Durch diese gesetzlichen Festlegungen war es auch möglich, daß 92% der Frauen, ein Spitzenwert in der Welt, ohne Sorgen berufstätig sein konnten. Dem diente zum Beispiel das breite Netz von Kindergärten, in dem 9 von 10 Kindern betreut wurden. Für 1.000 Kleinkinder standen 580 Krippenplätze zur Verfügung.

Ausdruck der breiten Einbeziehung von Frauen in gesellschaftliche Entscheidungs- bzw. Leitungsprozesse waren zum Beispiel:

- . jeder dritte Abgeordnete war eine Frau,
- . jeder dritte Richter war eine Frau,
- . die Hälfte aller Hoch- und Fachschulabsolventen waren Frauen,
- . jede vierte Leitungsfunktion in der Wirtschaft war mit einer Frau besetzt,
- . jeder fünfte Bürgermeister bzw. Schuldirektor war eine Frau.

### **Was war am 17. Juni 1953 in der DDR los?**

Der 17. Juni 1953 war von Westberlin und der BRD aus der erste Versuch, in der DDR eine Konterrevolution zu organisieren. Dabei waren Unzufriedenheiten unter Teilen der Bevölkerung geschickt ausgenutzt und besonders von Westberlin aus die Stimmung angeheizt

Die Bauarbeiter, die am Aufbau der „Stalinallee“ in Berlin beteiligt waren, fühlten sich durch Versorgungslücken, wie auch durch die Mängel bei der Berechnung ihrer Arbeitsleistungen zurückgesetzt. Von ihrer Verärgerung nahmen die staatlichen Stellen sehr spät Kenntnis. So geschah es, daß die Bauarbeiter am 17. Juni in Berlin demonstrierten. Schnell nahm der Sender Westberlins, der RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) davon Kenntnis und nutzte es, um verstärkt zur Beteiligung an der „revolutionären Erhebung der Arbeiter der DDR“ aufzurufen und gegen die Regierung und den Parteiapparat in der DDR zu hetzen. Störenfriede aus Westberlin strömten in die DDR und sorgten ihrerseits für Unruhen.

Die offensichtlich überhöhten Arbeitsnormen waren aber bereits am 16. Juni 1953 von der DDR-Regierung zurück genommen worden. Außerdem gab es Beschlüsse zur Verbesserung der Versorgungslage.

Die massenhafte Einschleusung von Agenten und Provokateuren aus Westberlin zur Vorbereitung eines lange geplanten Tages X in der DDR vor und am 17. Juni 1953 ist hinreichend bewiesen. So sagte der erwerbslose Artist Kalkowski aus Westberlin im Prozess gegen ihn aus, daß er vom US-Geheimdienst für ein paar Mark und für Versprechungen sich kaufen ließ und mit einer Gruppe von 90 Mann am 17. Juni 1953 früh aus Westberlin in den demokratischen Sektor geschickt wurde, um dort Unruhen zu organisieren.

Eine besondere Rolle spielte der Rundfunksender RIAS.

„Wir spürten, daß in der Zone der Druck zunahm und die Unzufriedenheit wuchs...Der Druck wurde so groß, daß etwas Unerhörtes passierte: Die Regierung korrigierte sich zu einem 'Neuen Kurs'. Das hatten wir nicht erwartet. Die Regierung gab nach, zeigte Schwäche, und darauf flog der Deckel vom Kessel, der unter Überdruck stand. Auch das hatten wir im Funkhaus nicht vorausgesehen.“ Dieses Zitat stammt von Egon Bahr. Er war zu der Zeit Chefredakteur des RIAS, der Aufrufe und Anweisungen zur Konterrevolution gegen die DDR ohne Pause sendete.

Am 17. Juni 1953 wurden in der Hauptstadt der DDR Angriffe gegen die Staatsgewalt durchgeführt und Zerstörungen kommunaler und wirtschaftlicher Einrichtungen vorgenommen.

Ein wichtiger Punkt der Forderungen der Arbeiter war die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 Prozent. Den Demonstrationen von Berlin schlossen sich am 17. Juni auch Werktätige in Städten der DDR an. In aufgeheizter Stimmung kam es in einzelnen Städten zu vielen Zerstörungen. Zerstört wurden Einrichtungen der SED und volkseigene Geschäfte. Erstürmt wurden auch einzelne Haftanstalten.

Das Zentralkomitee der SED zog Schlussfolgerungen aus den Geschehnissen, revidierte einige Maßnahmen sofort bzw. schlug auf seiner 15. Tagung im August 1953 Veränderungen vor, die als Vorlage an die Volkskammer der DDR geleitet wurden.

Die Konterrevolution gegen die DDR fand damals nicht statt.

## **Warum wurde 1961 die Staatsgrenze zu Westberlin und zur BRD militärisch gesichert?**

Der Marshallplan der USA stellte der BRD Ende der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts finanzielle Mittel zur Verfügung, um dadurch im Interesse des



Finanzkapitals deren Wirtschaft schnell anzukurbeln und andererseits die Stärke des Kapitalismus gegenüber den osteuropäischen Ländern und besonders der DDR zu demonstrieren. Das war für die USA in ideologischer Hinsicht erforderlich und bereits ein Merkmal des „Kalten Krieges“.

Zu derartigen Hilfsmaßnahmen war die Sowjetunion, die durch den verbrecherischen Hitlerkrieg stark verwüstet war, nicht in der Lage. Sie hatte im eigenen Land große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Bevölkerung der DDR musste aus eigener Kraft ihren Staat aufbauen, erhielt jedoch besonders in der Landwirtschaft Unterstützung durch die UdSSR.

Die „harte Westmark“ sehend, versuchten viele DDR-Bürger in die BRD zu gelangen, da sie dort das „Schlaraffenland“ sahen. Das wurde durch geschickte Abwerbung von DDR-Bürgern von der BRD und Westberlin aus besonders gefördert. Abgeworben wurden besonders Techniker, Wissenschaftler und Ärzte, aber auch Facharbeiter und Bauern. Westberlin und die Westgrenzen der DDR wurden zum Umschlagplatz für über 2 Millionen Menschen, die vor allem aus materiellen Gründen ihre Heimat verließen. Auf diese Weise sollte als Bestandteil des Kalten Krieges gegen die DDR und den Sozialismus die DDR personell und ökonomisch ausgeblutet werden.

Hinzu kam das Währungsgefälle zwischen DDR und BRD. Die DDR hatte nur eine Binnenwährung, die im internationalen Währungsverkehr nicht anerkannt wurde, aber zu Spekulationszwecken massenhaft über Wechselstuben in Berlin-West und der BRD gegen den Arbeiter- und Bauernstaat genutzt wurde. Auf diese Weise war es Bürgern Westberlins und der BRD über den Wechselkurs in den Wechselstuben von 1:3, 4, 5 möglich, hochwertige Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse außerordentlich billig in der DDR einzukaufen.

Ein weiteres Problem war, daß Tausende Bürger der DDR zwar im Osten wohnten und lebte, aber im Westen arbeiteten. Auch das belastete die wirtschaftliche Situation in der DDR erheblich.

All das, auch das Bekanntwerden von Angriffsplänen der NATO gegen die DDR, veranlassten die Führungen der Warschauer Vertragsstaaten, die Grenzen zur BRD und zu Westberlin militärisch durch Grenztruppen der DDR zu sichern.

In den Strafgesetzen der DDR wurden das illegale Verlassen der DDR und der illegale Grenzübertritt als strafbare Handlungen festgelegt. Das Verhalten der bewaffneten Organe der DDR bei Handlungen gegen deren Gesetze und Verordnungen wurde eindeutig staatsrechtlich geregelt.

In der DDR gab es, wie nun über Jahrzehnte eindeutig festgestellt wurde, keinen Schießbefehl, weder für ihre Grenztruppen noch für andere bewaffneten Formationen. Es gab vielmehr eine Schußwaffengebrauchsvorschrift, wie sie international üblich ist und sogar fast wörtlich mit der der BRD verglichen werden kann. Im Übrigen sind international alle Staatsgrenzen auch militärischer Sicherheitsbereich. Die Art und Weise der

Sicherung hängt allerdings davon ab, in welchem Verhältnis Nachbarstaaten miteinander leben. Im Verhältnis BRD – DDR war das der Kalte Krieg, der nicht zu einem heißen ausarten sollte.

Es gab keine schießwütigen Grenzer der DDR, sondern sehr besonnen handelnde. Natürlich ist jedes Opfer an der sogenannten innerdeutschen Grenze zu bedauern. Aber all jene, die die militärisch gesicherte Grenze illegal überwinden wollten, wussten natürlich, in welche Gefahr für Leib und Leben sie sich dabei begaben. Im Übrigen ist das heute noch so an den Grenzen zwischen den USA und Mexiko sowie Israel und Palästina sowie an anderen Grenzen auf der Welt.

### **Warum wurde die Reisefreiheit eingeschränkt?**

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer zum Kanzler der Bundesrepublik gewählt. In seiner Regierungserklärung sagte er: „Die Teilung Deutschlands wird eines Tages – das ist unsere feste Überzeugung – wieder verschwinden. Es besteht kein Zweifel, daß wir nach Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westlichen Welt gehören.“

Am 21. Oktober 1949, die DDR war gerade gegründet, behauptete die Bonner Regierung vor dem Bundestag: „Die Bundesregierung ist ... bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes ...“

So zog sich das über 40 Jahre DDR hin. So wurden über 40 Jahre seitens der BRD alle Maßnahmen ergriffen, um die DDR zu vereinnahmen, entsprechend der Hallstein-Doktrin.

Über Rundfunk und Fernsehen wurden die Menschen ideologisch beeinflusst. Gleichzeitig wurden DDR-Bürger beeinflusst, ihren Staat illegal zu verlassen, zum Teil mit Hilfe von Schleuserbanden. Dadurch erlitt die DDR schweren Schaden.

Zusätzlich vermehrten sich in der BRD die Spionageorganisationen.

- Antikommunistische Kampfbündnisse;
- Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit;
- Untersuchungsausschuss „Freiheitlicher Juristen“;
- Ostbüro der SPD Berlin.

Hinzu kamen Fluchthelfer aller Schattierungen.

Da war es eindeutig, daß die DDR die Reisefreiheit einschränken musste, um eine weitere Abwerbung ihrer Bürger und ihre Anwerbung zu Spionagezwecken zu verhindern.

Die DDR hatte zu über 150 Staaten diplomatische Beziehungen, was schon bedeutsam war für die Achtung, die sie genoss. Nur die BRD begnügte sich mit einer „Ständigen Vertretung“ in der DDR .

Die DDR war gezwungen, gegen subversive Maßnahmen und ideologische Angriffe vorzugehen. Sie ermöglichte jedoch nach gründlicher Prüfung

Reisen zu familiären Zwecken nach Westberlin und in die BRD. Dienstliche Reisen wurden genehmigt, wenn es für Fragen der Politik und der Wirtschaft und zu Verhandlungen mit Regierungsvertretern der BRD notwendig war. Über das Problem mit den unterschiedlichen Währungen haben wir schon berichtet. Die DDR konnte ihren Bürgern für Privatreisen keine Westmark zur Verfügung stellen. Auf diese Weise hat die BRD selbst dazu beigetragen, daß die Reisefreiheit eingeschränkt wurde. Man könnte auch sagen, sie hat den größten Teil der DDR-Bürger ausgesperrt, und sie war sich dessen bewusst.

### **Wie war das Bildungswesen organisiert?**

Die DDR hatte ein Bildungssystem, als ein Gebiet der Fürsorgepflicht, was weltweit anerkannt war und Interessenten fand, die heute in Pisa-Studien vordere Plätze einnehmen.

Es war ein einheitliches Bildungssystem, nicht der Moral einer Klein-staaterei untergeordnet, wie in der heutigen BRD. Erarbeitet durch eine staatliche Kommission aus erfahrenen Pädagogen, wurde der Entwurf der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt und 1965 von der Volks-kammer zum Gesetz erhoben. Es sicherte die Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht und Erziehung (UTP und ESP – Unterricht in der Produktion) und führte die einzelnen Glieder des Bildungswesens inhaltlich und strukturell so zusammen, daß sie ein geschlossenes, in sich abgestimmtes Ganzes bildeten.

Die Glieder des einheitlichen Bildungssystems beinhalteten:

Vorschulerziehung, zehnklassige Polytechnische Oberschule, Berufsausbildung, die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen (Erweiterte Oberschule und Berufsausbildung mit Abitur), Ingenieur- und Fachschulen, Universitäten und Hochschulen, Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen (Volkshochschulen und Betriebsakademien), Sonderschuleinrichtungen (Kinder mit physischer oder psychischer Schädigung).

Schulgeld musste niemand bezahlen, Bildung war ein Privileg für alle.

Jeder konnte studieren, wenn er die Voraussetzungen hatte (Abitur war Voraussetzung für ein Studium an einer Universität oder Hochschule). Die Anzahl der Studenten wurde von volkswirtschaftlichen Erfordernissen bestimmt. Außerdem bestand die

Möglichkeit, nach erfolgreicher Berufsausbildung mit Abitur ein Studium oder Fernstudium mit Diplom abzuschließen oder nach der Berufsausbildung ein Ingenieur- oder Fachschulstudium zu absolvieren, das auch als Fernstudium.

Studiengebühren wurden nicht erhoben. Ein Stipendium erhielten die Studenten, deren Eltern nur Einkünfte unter einer festgelegten Grenze hatten.

Die Vorschulerziehung wurde systematisch in den Kindergärten ab dem 4. Lebensjahr bis zum Schulanfang bereits nach einheitlichen Plänen altersgerecht durchgeführt.

Für die Betreuung in der Kinderkrippe (bis 3 Jahre) sowie in den Kindergärten wurde keine Gebühr erhoben. Gefordert wurde ein wöchentlicher Essengeldbeitrag (pro Tag 0,75 M).

Nach dem Schulabschluss hatte jedes Kind einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz bzw. nach der Berufsausbildung Anspruch auf einen Arbeitsplatz.

Von den staatlichen Organen der Kreise erfolgte eine Berufsberatung und Vermittlung eines Ausbildungsplatzes bzw. eine Vermittlung der Facharbeiter in die Betriebe und Einrichtungen. Berufsausbildung war Pflicht aller Betriebe und Einrichtungen. Größere Betriebe unterhielten eigene Betriebsberufsschulen, wo auch in Kooperation Lehrlinge für kleinere Betriebe mit ausgebildet wurden. In den Betriebsakademien wurden Werkstätige zum Facharbeiter, Meister, Ingenieur oder Ökonom ausgebildet.

Die Verfassung der DDR beinhaltete das Recht und die Pflicht auf Arbeit, was auch auf das Bildungssystem zutraf. Das war Demokratie in Aktion. Auf diese Weise hat die DDR eine neue Intelligenz hervorgebracht.

### **Wie war das Gesundheitswesen in Stadt und Land organisiert?**

Das Gesundheitswesen der DDR hatte die Aufgabe, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung im gesamten Land zu garantieren. Unter Gesundheit verstehen wir das physische und psychische Wohlbefinden in der Wechselbeziehung mit sozialer Geborgenheit. Dazu gehören Lebensfreude und Erhalt der Leistungsfähigkeit. Das Recht auf Gesundheit war in der Verfassung der DDR fest geschrieben. Nach dieser Verfassung waren die Erhaltung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, der Mutterschutz, der

Jugendgesundheitsschutz und die Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter und Invalidität eine staatliche Pflichtaufgabe.

Die Landbevölkerung wurde von Ärzten und Schwestern in Landambulatorien betreut. Die Gemeindeschwestern haben direkt in den Dörfern in den Gesundheitsstuben die Sprechstunden, Reihenuntersuchungen und Impfungen vorbereitet. Auch die Nachbereitung war eine ihrer Aufgaben. Sie waren das Bindeglied zwischen den Bewohnern, den Ämtern und den Leitungen der Ambulatorien. Sie waren die Vertrauenspersonen in den Dörfern und vertraten die Interessen der Bewohner von Gesundheit bis zur Organisation der Nachbarschaftshilfe und bis zu Arbeitsplätzen für alleinerziehende Mütter.

Die ärztliche Betreuung war für Fachärzte in Zusatzarbeitsverträgen, den sogenannten Z-Stellen geregelt. Sie wurde neben der hauptberuflichen Tätigkeit berechnet. Diese weit reichenden Aufgaben, wie Prophylaxe, Therapie, Rehabilitation und nachgeordnet Fürsorge konnten nur mit gut ausgebildeten Ärzten gelöst werden.

Die für den Gesundheitsschutz zuständigen Gesundheitsämtern waren auf Kreis- und Bezirksebene tätig. Sie wurden vom Ministerium für Gesundheitswesen geleitet. Daß die verantwortungsvollen Aufgaben über 40 Jahre erfüllt werden konnten, war der engen Zusammenarbeit der Kommissionen für Gesundheits- und Sozialwesen in den Volksvertretungen, dem DRK der DDR, dem FDGB sowie den politischen Parteien und den Arbeitsschutzinspektionen zu verdanken. Um Bürgern auch im Ausland medizinische Hilfe angeheißen zu lassen gab es Gesundheitsabkommen.

Visiten und medizinische Behandlung, Ausführung der ärztlichen Verordnungen und Medikamente waren kostenfrei. Die Heimfürsorge gehörte in der DDR zur Sozialfürsorge, die sich sehr deutlich von der Armenunterstützung und vom Wohlfahrtswesen in kapitalistischen Staaten unterscheidet. Sozialfürsorge-Unterstützung bekamen Personen, die ihren Unterhalt nicht selbst erarbeiten konnten. Für behinderte Jugendliche gab es nach dem 18. Lebensjahr die Mindestrente, so daß sie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erreichten. Diese Errungenschaften konnten nur schrittweise eingeführt werden, da alle Gelder aus dem Nationaleinkommen bereit gestellt werden mussten.

Medikamente waren grundsätzlich kostenlos, auch die Medikamente der C-Nomenklatur. Diese mussten für Valuta von den Pharmakonzernen im kapitalistischen Ausland gekauft werden. Jedes Medikament wurde staatlich geprüft. Conterganskandale gab es nicht.

## **War die Bodenreform ein Akt kommunistischer Willkür?**

Mit dem Sieg der Antihitlerkoalition im Mai 1945 ergab sich folgerichtig die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit einer Bodenreform, wie sie schon in den Kämpfen der frühbürgerlichen Bauernkriege 1524/25 von Thomas Müntzer und Florian Geyer angestrebt wurde.

Das war die Auffassung der Alliierten und aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Deutschland. Die Sieger stimmten überein: „Es ging um Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung . Das war bereits auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 fixiert und im Potsdamer Abkommen im August 1945 festgeschrieben worden. Im Beschlussprotokoll der Moskauer Konferenz der Außenminister der Siegermächte vom 12. April 1947 heißt es: „Bis Ende 1947 ist in Deutschland eine Bodenreform durchzuführen.“

In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, der späteren BRD, wurden diese Beschlüsse aber nach einer anfänglichen Umsetzung durch die Politik der Besatzungsmächte und die Restaurierung alter Machtverhältnisse schnell zu den Akten gelegt. Bis 1954 wurden lediglich 150.000 ha durch Bodenreformmaßnahmen umverteilt.

In der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, gab es Volksentscheide und daraus resultierende Gesetze zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform. So wurden in den Gemeinden ca. 10.000 Bodenreformkommissionen gebildet, die folgendermaßen zusammengesetzt waren:

37,7 % Landarbeiter  
35,4 % Kleinbauern  
12,2 % Umsiedler  
14,7 % Arbeiter.

Durch die Bodenreformkommissionen wurden 7.100 Großgrundbesitzer (ab 100 ha) enteignet, die allein 2.517.357 ha Land besaßen (aus diesen Familien stammte der überwiegende Teil der Führungskräfte der deutschen Wehrmacht).

4.537 Nazi- und Kriegsverbrecher mit ca. 132.000 ha Land wurden ebenfalls enteignet. Dadurch bekamen 120.000 Landarbeiter, über 90.000 Umsiedlerfamilien und ca. 126.000 landarme Bauern und Kleinpächter 5 bis 7 ha Land zugeteilt. Dieses Land wurde unentgeltlich und schuldenfrei übergeben.

Hauptanliegen war es, so schnell wie möglich die landwirtschaftliche Produktion zur Ernährung der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen.

### **Sind die in Ostdeutschland vorhandenen 1737 Großbetriebe in der Landwirtschaft durch Zwangskollektivierung entstanden?**

Der Begriff Zwangskollektivierung ist ein diskriminierender Begriff, der vom früheren Bundes-Ministerium der BRD für gesamtdeutsche Fragen propagiert wurde und heute noch im Sprachgebrauch ist.

Mit diesem Begriff soll bewiesen werden, daß die KPD und die SED das sowjetische Kolchosmodell in der Landwirtschaft eingeführt haben. Fakt ist

aber, daß in Ostdeutschland der Boden nicht nationalisiert wurde wie in der Sowjetunion, und daß es verschiedene Formen der Bewirtschaftung in der Landwirtschaft gab. Das Prinzip der Freiwilligkeit war oberstes Gesetz bei der Umgestaltung der Landwirtschaft.

### **Aber viele Eigentümer von Landwirtschaftsbetrieben wurden 1945/46 in Ostdeutschland enteignet. War das nicht Unrecht?**

Die Enteignung der Großgrundbesitzer über 100 ha entsprach einem Beschluss der Siegermächte.

Mit der demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland sollte die Herrschaft des junkerlichen Grundbesitzes im Dorf beendet werden. Denn dieser Grundbesitz war immer der Hauptgrund von Eroberungskriegen gegen andere Völker. Der Grundbesitz der Junker beruhte auf dem Raub großer Teile des Bauernlandes, besonders im Osten Deutschlands in den Jahren um 1807. Die damals enteigneten Bauern sowie ihre Landarbeiter und Tagelöhner waren unvorstellbarer Ausbeutung ausgesetzt. Katastrophal war schließlich das Erbe, das die Politik der Faschisten, der Monopolisten, Junker und Hitlergeneräle dem deutschen Volk 1945 hinterließ.

In der Landwirtschaft bestand dieses Erbe in der Vielzahl von zerstörten Wirtschaften, von Flüchtlingen und Umsiedlerströmen in das Land.

Von der Bodenreform wurden 3,3 Millionen ha Land erfasst. 91.115 Umsiedler erhielten 705.546 ha Land. Über eine halbe Million landarme Bauern, Landarbeiter und Arbeiter erhielten Land aus dem Bodenfonds. Ein Jahrhunderte alter Traum „Junkerland in Bauernhand“ wurde Wirklichkeit.

Auch in Westdeutschland wurde mit der Bodenreform begonnen. Das sabotierten aber die westlichen Besatzungsmächte.

### **Erst gab man den Bauern Land und dann wurden sie gezwungen, sich in großen Betrieben zusammenzuschließen. Ist das nicht ein Widerspruch?**

Nach diesem fürchterlichen Krieg stand zuallererst die Frage, die Menschen vor dem Hunger zu retten. Hunderttausend Umsiedler erhielten durch die Bodenreform eine neue Heimat. Außerdem gab es wenig landwirtschaftliche Maschinen. Mit der flächendeckenden Gründung von Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), später Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), gab die Arbeiterklasse den Bauern materielle und organisatorische Hilfe.

Aber Wirtschaft und Technik machten auch vor der Landwirtschaft keinen Halt. Die Bauern verstanden auch konkrete Fakten, wie zum Beispiel ökonomische Berechnungen über die Vorteile der Bewirtschaftung großer Flächen und Tiereinheiten. Also der Spezialisierung und Kooperation der Produktion in der Landwirtschaft.

1952 schlossen sich die ersten Bauern zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammen.

Am 25. April 1960 nahm die Volkskammer der DDR zur Vollgenossenschaftlichkeit Stellung.

Nicht überall im Lande wurde allein mit Argumentationen die Werbung für die LPG durchgeführt. Übereifrige Werber wurden von staatlichen Stellen zurechtgewiesen, wenn der oberste Grundsatz der Freiwilligkeit des Eintritts in die Genossenschaft verletzt wurde. Der Druck aus dem Westen Deutschlands erhöhte sich mit zunehmenden Erfolgen bei der Bildung der LPG.

Brandstiftungen und Morddrohungen gegen Funktionäre und Bauern der Genossenschaftsbewegung waren an der Tagesordnung. Auch die Lockung mit Lastenausgleich (diese Mittel stellten die Länder in Westdeutschland zur Verfügung) zeigte Wirkung, Bauern verließen ihre Höfe. Landarbeiter und Arbeiter übernahmen die Aufgabe, das verlassene Vieh zu hegen und diese Betriebe zu bewirtschaften.

Wir können heute feststellen: Die Genossenschaften hatten einen hervorragenden Anteil an der Eigenversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit Rohstoffen. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften waren der stabilste Wirtschaftszweig der DDR.

Die Bewirtschaftung der großen Flächen und großen Tierbestände konnte durch die Konterrevolution nicht vollständig zerstört werden. Es hat sich erwiesen, daß an die Fragen der Landwirtschaft technologisch-wissenschaftlich richtig herangegangen wurde.

## **Die Sekundärrohstoffeffassung**

Seit Anfang der 1960er Jahre wurden in der DDR Altstoffe und Schrott systematisch einer Wiederverwertung zugeführt. Angesichts der heutigen Debatten um ökologisches und umweltfreundliches Wirtschaften möchten wir hier auf einen Teil aktiver Umweltpolitik in der DDR hinweisen. Wenn bei der Initiierung des SERO-Systems auch vorwiegend volkswirtschaftliche Aspekte eine Rolle spielten, waren die positiven Wirkungen in der Umweltpolitik beachtlich.

Verantwortlich für die Annahme und Wiederverwertung der Altstoffe war das Kombinat Sekundärrohstoffeffassung (SERO). Im Jahre 1989 gab es über 16.000 Annahmestellen mit etwa 50.000 Containern, so daß man praktisch vor der Haustür ohne lange Anfahrtswege die gesammelten Altstoffe abgeben konnte. So konnten sich auch vor allen Dingen Kinder und Jugendliche ihr Taschengeld aufbessern, da man für das Abgegebene entlohnt wurde. Es wurde für das Sammeln von Altstoffen und Schrott geworben, und die Pionierorganisation und die FDJ veranstalteten Sammelaktionen. Es gab in den Zeitschriften (z. B. Frösi) ein "Rumpelmännchen" oder den roten Elefanten „Emmy“, die für die Sammlung von Altstoffen warben. Dadurch bildete sich in der Bevölkerung auch ein Bewusstsein dafür heraus, Hausmüll zu sortieren, der Industrie wieder



verwertbare Rohstoffe zu sichern und außerdem etwas gegen unnötige Umweltverschmutzung zu tun.

Da in den Sammelstellen zum Beispiel Flaschen und Papier schon vorsortiert wurden, war die Qualität der zur Wiederverwertung kommenden Stoffe sehr hoch. Durch das SERO-System wurden auch die Mülldeponien in bedeutendem Maße entlastet. Im Folgenden sollen einige Zahlen die Effektivität belegen.

1989 produzierte jeder DDR-Bürger 175 Kilo Müll und jeder Bundesbürger 500 Kilo. Insgesamt fielen in der DDR 3,6 Millionen Tonnen Hausmüll an, in der BRD 32 Millionen Tonnen. Statistisch gesehen wurden in der BRD sechs Prozent Hausmüll einer Wiederverwertung zugeführt, in der DDR 40 Prozent. Bemerkenswert ist ebenfalls, daß sich das SERO-System faktisch ohne Subventionen selbst trug.

Nach der Annexion der DDR 1990 wurde der VEB Kombinat SERO von bundesdeutschen Geschäftemachern als börsennotierte SERO-Entsorgung AG übernommen und musste nach Spekulationen im Juli 2001 Insolvenz anmelden.

Damit war faktisch das politisch nicht gewollte, aber gegenüber dem dualen System bessere DDR-Modell verschwunden. Heutige da und dort existierende Firmen mit der Bezeichnung SERO haben nichts mehr mit dem effektiven, Umweltschonung praktizierenden DDR-SERO-System zu tun.

### **Welchen Stellenwert hatte der Sport ?**

Der Sport in der DDR errang nach und nach internationales Ansehen, weil hervorragende Leistungen der Sportler trotz Störversuche der Bonner Regierung für einen guten Klang der drei Buchstaben „DDR“ im internationalen Sport und in der olympischen Bewegung gesorgt hatten.

Auf der 90. Tagung des IOC 1985 in Berlin hatte der damalige Präsident des IOC, Juan Antonio Samaranch, den außerordentlich bedeutungsvollen Beitrag der DDR zur olympischen Bewegung gewürdigt und ihre Leistungen bei Olympischen Spielen als Belege für die Wirksamkeit des Sports als wichtiger sozialer Faktor angesprochen. Sport war in der DDR verfassungsmäßig verankert. Die Forderung „Sport für alle“ war in der DDR Wirklichkeit. Chancengleichheit für alle entsprach dem Prinzip des Sozialismus, die Menschen für eine aktive Lebenshaltung zu gewinnen, Leistungsvermögen zu entdecken, zu entwickeln und schließlich zu fördern. Das Wesen des leistungs-orientierten Sports in der DDR war nicht das reine sportliche Ergebnis. Sport war eine vielfältige gesellschaftliche Erscheinung, die den Gesetzmäßigkeiten der sozialökonomischen und politischen Verhältnisse entsprach.

Demzufolge waren sportliche Erfolge einzig Kriterium für die Effektivität des Trainings auf der Grundlage klarer Zielorientierungen. Im Geiste der olympischen Idee waren 1989 Verbände und Gremien des DDR-Sports aktive Mitglieder in 92 internationalen Sportförderungen und –organisa-

tionen. 129 Repräsentanten der Sportbewegung der DDR waren in verantwortungsvollen internationalen Funktionen tätig.

Der DTSB der DDR unterhielt Beziehungen zu nationalen Sportorganisationen in etwa 90 Ländern. Trainer und Experten der DDR haben die nationale Sportentwicklung in über 50 Staaten unterstützt. Noch heute sind viele DDR-Trainer hoch angesehen.

An der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig (DHfK) wurden mehr als 2.100 Kader aus 90 Staaten ausgebildet. Damit unterstützte die DDR das Programm für „Olympische Solidarität des IOC“. Besondere Aufmerksamkeit galt in der DDR der Entwicklung einer allseitig gebildeten, geistig und körperlich leistungsfähigen jungen Generation. Dieses Erziehungs- und Bildungsziel stellte dem DTSB gemeinsam mit den Volksbildungsorganen, der Pionier- und FDJ-Organisation die Aufgabe, Kinder und Jugendliche für eine regelmäßige sportliche Betätigung zu gewinnen. Ihnen Freude und Erholung bei Sport und Spiel zu geben und im Trainingsprozess mitzuhelfen, wesentliche Fähigkeiten der Persönlichkeit, wie körperliche Leistungsfähigkeit und Gesundheit, wertvolle moralische Eigenschaften, wie Beharrlichkeit, Zielstrebigkeit, Mut und Einsatzbereitschaft, zu entwickeln. In den Schulen wurde dem Sportunterricht besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Sportzensuren waren Bestandteil des Leistungsdurchschnittes.

Die Anerkennung, die dem Sport in der DDR zukommt, zeigt sich auch in bedeutenden Leistungen in der gesundheitlichen Betreuung der Sportler sowie in der prophylaktischen Medizin.

Wichtige Fragen des Leistungstrainings wurden von der Trainingswissenschaft der DDR beantwortet. Sie betreffen den „Gegenstand des Trainings“, der auf der Trainierbarkeit menschlicher Leistungsfähigkeit beruht und demzufolge auf trainierbare Leistungsfaktoren und die Leistungsstruktur des Sportlers ausgerichtet war bzw. orientierte.

Sport in der DDR bedeutete eine umfassende Förderung in zunehmenden Sportarten und Disziplinen im internationalen Wettkampfgeschehen. 1989 trainierten in der DDR 70.000 Kinder in den Trainingszentren, 12.000 besuchten die Kinder- und Jugendsportschulen und 3.500 Aktive gehörten als A- und B-Kader den Sportclubs an. Als Trainer und Übungsleiter in einem Trainingszentrum vertrauten wir dem großen Trainingsfleiß und dem festen Leistungswillen der Kinder, Talente und leistungsmotivierten Sportlern, auf die Möglichkeit des Ausbaus und der Differenzierung vorhandener Fähigkeiten bis hin zu sportartspezifischen Fertigkeiten als Hauptaufgabe aller Bewegungs- und Sportformen.

## **Von Sportlern der DDR bei Olympischen Spielen errungene Medaillen**

Sommerspiele			Winterspiele			
	Gold	Silber	Bronze		Gold	Silber
1956 Melbourne	1	4	2	1956 Cortina d'Ampezzo	-	-
1960 Rom	3	9	7	1960 Squaw Valley	2	1
1964 Tokio	3	11	5	1964 Innsbruck	2	2
1968 Mexiko Stadt	9	9	7	1968 Grenoble	1	2
1972 München	20	23	23	1972 Sapporo	4	3
1976 Montreal	40	25	25	1976 Innsbruck	7	5
1980 Moskau	47	37	42	1980 Lake Placid	9	7
				1984 Sarajevo	9	9
1988 Seoul	37	35	30	1988 Calgary	9	10

### Gab es Doping in der DDR?

Doping war immer eine Begleiterscheinung des Sports, trat mehr oder minder an die Oberfläche, war in seinen Anwendungsformen immer geheim. Es widersprach den allgemeinen Grundsätzen der Fairness, wie so vieles im Weltleistungssport. Obwohl es seit den 50-er Jahren annehmbare Dopingdefinitionen gab, seit 1967 eine medizinische Kommission, die sich der Sache annahm, zeigte sich das IOC nie in der Lage, war auch zeitweise nicht ernsthaften Willens, gleichberechtigte Dopingkontrollen durchzusetzen. Es beschränkte sich lange Zeit auf die Kontrollen während der Spiele.

Die Verbotslisten waren ein Fortschritt, sie führten aber auch mit den angesetzten Kontrollen während der Spiele nicht zu einer Chancengleichheit im internationalen Sport. Der DDR-Sport kam erst Mitte und Ende der 60-er Jahre mit den Dopingproblemen in einzelnen Sportarten in Berührung und hat sich seitdem auf internationaler Ebene für ein Dopingverbot und für internationale Kontrollen eingesetzt. Da es nicht gelang, gleichermaßen Ost- und Westländer betreffende Kontrollen durchzusetzen, musste trotz

sportethischer Bedenken die Chancengleichheit für die DDR-Sportler gewahrt und gesichert werden.

Das ergab sich als sportpolitische Konsequenz, wenn man weiterhin am internationalen Wettkampffgeschehen teilnehmen wollte. Das Dopingszenarium im internationalen Sport mit den unterschiedlichsten Praktiken und den immer wieder neu auf den Markt kommenden Wirkstoffen war für den DDR-Sport kein Vorteil. Es war eher hinderlich, denn der DDR-Sport verfügte ja über ein in jeder Hinsicht funktionierendes Förder- und Trainingssystem des langfristigen Leistungsaufbaus, das zu den effektivsten in der Welt zählte.

Dennoch war das kein Freifahrtschein für internationale Erfolge, aber bei zielstrebigem Training eine der sichersten Voraussetzungen. Aber es gab keine Alternative, wenn man beim internationalen Sport Erfolge erreichen wollte. Und die DDR wollte das, wie die meisten Länder der Welt, darunter auch der Staat, der heute alle Hunde von der Leine lässt, um die Doping-sünder der DDR zu fangen, an den Pranger zu stellen und zu bestrafen. Das Dopingproblem in beiden Staaten reiht sich ein in die Klassenauseinandersetzung beider Systeme.

Als Innenminister Wolfgang Schäuble vom Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefragt wurde, ob er nicht einmal empfohlen habe, „Doping von verantwortungsbewussten Medizinern vornehmen zu lassen“, antwortete er: „Gut, das alles aufgeschrieben wird. Ich würde das nie mehr so sagen.“ Ein Eingeständnis, daß Doping auch gezielt in der BRD eingesetzt wurde.

\* \* \*

Seit der konterrevolutionären Beseitigung der DDR vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Gräuelmärchen über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) über funkelektronische Medien sowie Presseerzeugnisse der BRD verbreitet werden. Ob Mord und Totschlag, Unterstützung von Terroristen, Missbrauch der Psychiatrie, Freiheitsberaubung oder Rechtsbeugung, Folter, Erpressung, Nötigung, radio-aktive Verstrahlung von Untersuchungsgefangenen oder flächendeckende Bepitzelung – es gibt kein Verbrechen, dessen das MfS nicht lauthals öffentlich bezichtigt wird.

Trotz massenhafter strafprozessualer Maßnahmen und völkerrechtswidriger Rechtskonstrukte gelang es der bundesdeutschen Klassenjustiz nicht, die Tätigkeit der Mitarbeiter des MfS zu kriminalisieren bzw. das Organ als verbrecherische Organisation abzustempeln und die DDR als Unrechtsstaat darzustellen.

## **War die Bildung des MfS überhaupt notwendig?**

Jeder Staat benötigt zur Wahrung seiner elementaren Interessen Schutz- und Sicherheitsorgane. Dazu gehören auch Geheim- oder Nachrichten-

dienste, und das um so mehr, wenn sich unterschiedliche Gesellschaftssysteme gegenüber stehen.

Allein in Westberlin, mit seiner offenen Grenze zur Sowjetischen Besatzungszone (später DDR), etablierten sich zeitweilig mehr als 80 westliche Geheimdienst- und Agentenzentralen, deren Ziel im Wesentlichen darin bestand, im Zusammenwirken mit den auf unserem Territorium verbliebenen reaktionären und feindlichen Kräften, diesen Teil Deutschlands zu destabilisieren und letztlich zu beseitigen. Da die herrschenden Kreise im Westen Deutschlands den antikapitalistischen Weg im Osten Deutschlands zu keiner Zeit akzeptierten, wirkten in diesem Spektrum neben den Geheimdiensten der imperialistischen Hauptmächte auch die unterschiedlichsten Geheimdienstzweige der BRD, wie Bundesnachrichtendienst (BND), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder Militärischer Abschirmdienst (MAD), mit. Unter Anwendung konspirativer Mittel und Methoden wurde die unser Territorium mit Mordanschlägen, Sprengstoffanschlägen gegen Industrieanlagen, Embargomaßnahmen, Spionage, Sabotage sowie Hetz- und Verleumdungskampagnen, auch mit inspirierten Fluchtbewegungen, überzogen, welche die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse erheblich störten und behinderten.

Dem Rechnung tragend, wurde am 08.02.1950 das MfS gebildet. Um es kurz zum Ausdruck zu bringen, all das, was man heute dem MfS an sogenannten Verbrechen vorwirft, waren Mittel und Methoden, welche die imperialistischen Geheimdienste von der BRD und Westberlin aus im Rahmen ihrer subversiven Aktivitäten gegen die DDR zur Anwendung brachten. Damit unternahm man den Versuch, eigene Verbrechen anderen vor die Haustür zu kehren. Mit dem MfS wurde erstmals in der deutschen Geschichte ein Organ geschaffen, das den Interessen des Volkes und nicht denen des Großkapitals diene. Das MfS war nicht, wie immer behauptet, ein Staat im Staate, sondern seine Bildung und Tätigkeit waren staatsrechtlich und verfassungsrechtlich legitimiert und somit an die Rechtsordnung der DDR gebunden.

### **Worin bestanden die Hauptaufgaben des MfS?**

Die Hauptaufgaben des MfS ergaben sich aus der auf das Wohl des Volkes gerichteten Politik von Partei- und Staatsführung der DDR. Also, aus ihren Beschlüssen und Orientierungen. Im Statut des MfS waren diese eindeutig gefasst. Sie besagten in Kurzform:

„§ 1(1) Das MfS ist ein Organ des Ministerrates. Es gewährleistet als Sicherheits- und Rechtspflegeorgan die staatliche Sicherheit und den Schutz der DDR.“

§ 2 Hauptaufgabe des MfS (mit spezifischen Mitteln und Methoden);

a) feindliche Agenturen aufzuklären und zu zerschlagen ...;

- b) alle erforderlichen Maßnahmen für den Verteidigungszustand vorzubereiten und durchzusetzen;
- c) Straftaten, insbesondere gegen die Souveränität der DDR, den Frieden, die Menschlichkeit und Menschenrechte aufzudecken, zu untersuchen und vorbeugende Maßnahmen auf diesem Gebiet zu treffen;
- d) die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu informieren;
- e) die staatliche Sicherheit in der NVA und den bewaffneten Organen zu gewährleisten;
- f) im Zusammenwirken mit den staatlichen Organen, insbesondere dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Ministerium des Innern die Staatsgrenze mit spezifischen Mitteln und Methoden zu schützen und unter Einbeziehung der Organe der Zollverwaltung der DDR den grenzüberschreitenden Verkehr zu sichern.

Darüber hinaus ergaben sich noch weitere Aufgaben im Rahmen des Geheimnisschutzes.

Die Tätigkeit des MfS war in erster Linie die Reaktion auf geheimdienstliche und andere subversive Angriffe von außen, unter Ausnutzung feindlicher Kräfte im Innern, gegen die DDR.

Die Kräfte von außen nutzten dazu Verbindungen verwandtschaftlicher Art und aus dem Bekanntenkreis sowie Wirtschaftskontakte, um das Schlachtfeld auf die gesamte DDR auszudehnen. Deshalb hatte die Abwehr gegen diese Machenschaften nach innen und außen zu erfolgen.

Das machte das Wesen der Tätigkeit des MfS aus. Nicht, wie immer wieder von einigen Leuten, oft wider besseres Wissen, behauptet wird, es hätte repressive Aufgaben gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen gehabt. Alle operativen Aktivitäten der Diensteinheiten des MfS dienten der vorbeugenden Abwehr feindlicher Angriffe gegen die staatliche Ordnung der DDR und durch sein offizielles Untersuchungsorgan (unter Kontrolle der Staatsanwaltschaft) zur konkreten Verdachtsklärung.

Generaloberst a.D. Markus Wolf sagte Mitte der neunziger Jahre dazu: „Wir haben ja nicht gegen Feindbilder operiert, wir hatten wirkliche Feinde.“ Dem ist eigentlich nichts weiter hinzuzufügen.

Letztlich ist es auch ein Verdienst des MfS sowie der für das MfS tätigen patriotischen Kräfte (IM), daß der gegen die sozialistische Staatengemeinschaft betriebene Kalte Krieg nicht in einen Heißen umschlagen konnte.

## Was unterschied die Leitungskader des MfS von denen der Geheimdienste der BRD?

Allein in der 1949 gebildeten Organisation Gehlen (dem Vorläufer des BND) gehörten von 4000 Mitarbeitern ca. 400 zur Zeit des Faschismus der SS, dem SD, der Gestapo oder dem Geheimdienst der faschistischen Wehrmacht (Fremde Heere-Ost ) an. Dieser Trend zog sich durch alle Geheimdienstzweige der BRD. Der aus der BRD stammende Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom brachte es z. B. Mitte der neunziger Jahre in seinen Ausführungen vor der Alternativen Enquete-Kommission auf den Punkt, indem er, bezogen auf die Organisation Gehlen, sagte „... . Sie werden sehen, daß durch eine sehr lange Namensliste des Führungs- und Gründungspersonals der Organisation Gehlen und des daraus gebildeten Bundesnachrichtendienstes eine durchgängig faschistische Herkunft dieser Behörde ausgewiesen ist....“

An dieser Stelle sollen nur einige dieser Ostlandritter der BRD genannt werden: Dr. Emil Augsburg, BND (SS-Obersturmbannführer/RSHA Wannsee-Institut), Reinhard Gehlen, BND (OKH/FHO), Ebrulf Zuber, BND (SS-Obersturmbannführer), Richard Gerken, BfV (RSHA, Abt. IV= Gestapo, SS-Hauptsturmführer), Kurt Lischka, BfV (SS-Obersturmbannführer, in Frankreich in Abwesenheit wg. Massenmord verurteilt), Wilhelm Krichbaum, OG/BND (SS-Standartenführer). Man könnte diese Liste weiter fortsetzen. Einen antifaschistisch eingestellten Leitungskader findet man unter den Gründern der Nachrichtendienste der BRD nicht. Unter Adenauer benötigte man „die alten Fachleute“, die ihre geistigen Spuren bis heute hinterlassen haben. Hinzu kommt der undemokratische Charakter der Nachrichtendienste der BRD. So gab es z.B. für die Tätigkeit des BND bis zum Ende des Kalten Krieges keine gesetzliche Grundlage, sie wurde erst am 20.12.1990 geschaffen.

Dieser Umstand widerlegt auch das Geschrei einiger Bürgerbewegter, wenn sie zu ihren hinreichend bekannten Angriffen gegen das MfS auflaufen und im Vergleich zum MfS von demokratisch legitimierten Nachrichtendiensten der BRD schwafeln. Betrachtet man dagegen die gesellschaftliche Herkunft der Leitungskader des MfS, so wird man augenscheinlich und schnell erkennen, daß sie für ein neues friedfertiges Deutschland standen. Auch hier sollen nur einige genannt werden: Anton Ackermann (Interbrigadist in Spanien, NKFD), Bruno Beater (Wehrmacht/Übertritt zur Roten Armee/NKFD), Hermann Gartmann (Interbrigadist in Spanien/Emigration), Heinz Gronau (10 Jahre KZ-Haft), Richard Großkopf (12 Jahre KZ-Haft), Wilhelm Wöhl (Partisan in der Ukraine), Robert Mühlforte (9 Jahre KZ/Strafbattalion/1943 Übertritt zur Roten Armee), Erich Mielke (antifaschistischer Widerstandskämpfer-/Interbrigadist). Im Sinn dieser Vorkämpfer wurden auch die Mitarbeiter des MfS erzogen und erfüllten ihre Pflicht zum Aufbau einer neuen demokratischen sozialistischen Gesellschaft.

## **Es wird immer wieder behauptet, daß durch das MfS oft willkürliche Verhaftungen durchgeführt wurden. Was stimmt daran?**

Dies sind Behauptungen, die tagtäglich über die bundesdeutschen Medien kolportiert werden. Sie dienen nur einem Ziel, die Mitarbeiter des MfS und das Organ in seiner Gesamtheit zu diskreditieren und zu diffamieren, um damit von tief greifenden menschenunwürdigen Verhältnissen dieser Gesellschaft sowie ihrer den Frieden gefährdenden Politik abzulenken. Ehemalige Straftäter lassen sich zudem gern missbrauchen für diese Ziele, um in der heutigen Gesellschaft persönliche Vorteile zu erlangen. Jeder Festnahme und Zuführung lag ein konkreter inoffizieller oder offizieller begründeter Verdacht auf rechtswidrige Handlungen der Betroffenen zugrunde. Wie schon erwähnt, agierte das MfS nicht im luftleeren Raum, sondern war an konkrete Rechtsgrundlagen gebunden. Die Rechtmäßigkeit des Handelns der Untersuchungsorgane des MfS ergab sich aus dem § 88 StPO der DDR. Zur Klärung von Verdachtsmomenten verfügte das MfS über offizielle Untersuchungsorgane (Abt. IX in den Bezirken), die unter Kontrolle der Staatsanwaltschaft und auf der Grundlage der Strafprozessordnung der DDR tätig wurden. Demzufolge wurden gemäß § 95 StPO ff. notwendige Zuführungen und Verdachtsprüfungshandlungen durchgeführt, in deren Ergebnis sich der jeweilige Straftatverdacht bestätigte oder auch nicht. Wenn er sich durch eine offizielle Beweislage bestätigte, wurde, je nach dem gesellschaftsgefährdenden Charakter der Straftat, die verdächtige Person einer Rechtsbelehrung unterzogen oder bei Unumgänglichkeit durch den Leiter des Untersuchungsorgans ein Antrag auf einen Haftbefehl an die zuständige Staatsanwaltschaft gestellt. Diese entschied letztlich, ob der Verdächtige dem zuständigen Haftrichter überstellt wurde. Nur dieser war berechtigt, den Haftbefehl zu verkünden oder auch zurück zu weisen. Das war ein Rechtsakt, wie er in jedem demokratischen Staat üblich ist - Er wurde weder durch das MfS noch durch die DDR erfunden.

## **Wollt Ihr etwa die DDR wieder haben?**

Fragt man uns, und wir sagen: Wir wollen einen Staat, in dem man nicht länger vor Hartz & Rürup und all den anderen Knechtern und Lohndrückern Angst haben muss. Einen Staat, in dem diese verlogene „soziale“ Marktwirtschaft abgeschafft wird. Einen Staat, in dem es Sinn macht zu lernen, zu studieren, zu arbeiten, wo jede Hand, jeder Kopf gebraucht wird, ohne Massenarbeitslosigkeit. Einen Staat, in dem Kinder nicht länger als Kostenfaktor erniedrigt sind, in dem Frauen Hochschulen besuchen, statt am Herd zu versauern.

Einen Staat, den wir gemeinsam planen, in dem wir selbst entscheiden über den Reichtum, den wir gemeinsam schaffen. Einen Staat ohne eine Hand



voll Milliarden hier und Millionen Arme dort. Einen Staat, in dem die Fabriken und all das, was wir erarbeiten, uns gehören. Einen Staat, in dem die Konzerne und Banken, die Siemens, Daimler und Deutsche Bank, die sich an unserer Arbeit bereichern und zwei Weltkriege angezettelt haben, endlich enteignet werden.

Einen Staat, in dem Frieden Grundsatz ist. Einen Staat, der kompromisslos gegen Nazis vorgeht, gegen die mit Knüppeln und die hinter Schreibtischen. Einen Staat, der Menschen nicht abschiebt, sondern sie willkommen heißt, in dem Völkerfreundschaft Grundsatz ist. Einen Staat, in dem all denen der Mund verboten wird, die nach „Ostgebieten“ brüllen und in Landsmannschaften Blut und Boden frönen. Einen Staat, der überall dort hilft, wo man Menschen noch bedrängt. Einen Staat eben, für den man sich anderen Orts nicht schämen muss.

Nun wussten Sie, was wir wollen. Wir wissen, daß es einen Staat gab, der von all diesen Dingen immerhin etwas erreicht hat, die DDR. Dieses Land war somit ein Anfang von dem, wovon man so viel redet unter Linken. Dieses Land gibt es nicht mehr. Heute leben wir in einem Land, das nur noch eine Endstation ist, die man BRD nennt.

Manch einer hasst die DDR. So schön, um sie inniglich zu lieben, war sie sicher nicht. Doch sie war das Beste, was die Deutschen je zu Wege gebracht haben. Zählt uns nicht die vielen Dinge auf, mit denen die DDR schief lag. Wir wissen davon.

Wir wollen nicht länger reden von einem Staat ohne Fehler, den es sowieso nicht geben kann. Ja selbst, wenn diese DDR noch schlimmer war, als uns das Fernsehen jeden Tag vorlügt: Ja wir wollen diesen winzigen Anfang. Diesen Sack Probleme und Fehler der DDR, den wollen wir auch. Denn wir haben große Lust, uns zu versuchen an diesen Aufgaben. Weil es in einer mit Fehlern behafteten Gesellschaft hilft, an Fehlern zu arbeiten. Denn um zu einem staatenlosen friedlichen Miteinander der Menschen zu kommen, müssen wir erst denen das Handwerk legen, die skrupellos über Leichen gehen für ihren Profit. Eine faulende Gesellschaft wie diese heutige, die eine Sackgasse darstellt, an der wollen wir nicht länger herum doktern. Ein Anfang aber, wie klein er auch sein mag, ist immer die Zukunft.

**„Wenn die DDR ein saurer Apfel ist, aber die BRD ist ein fauler!“(Peter Hacks)**

**Impressum:**

***Schriftenreihe***

der Kommunistischen Partei Deutschlands

**Herausgeber:**

Zentralkomitee der KPD  
und Redaktion „Die Rote Fahne“  
Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
ISSN: 1433 – 6375

**Herstellung:** Eigendruck

- Juli 2009 -

Telefon: 030/98 21 930

Fax: 030/97 89 66 69

[www.drf.k-p-d.org](http://www.drf.k-p-d.org)

E-Mail: [info.drf@k-p-d.org](mailto:info.drf@k-p-d.org)

[post.drf@k-p-d.org](mailto:post.drf@k-p-d.org)